

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Bierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Thlr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Thlr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N 25.

Halle, Freitag den 30. Januar
Hierzu zwei Beilagen.

1863.

Deutschland.

Berlin, d. 28. Januar. Se. Majestät der König haben geruht: Den bisherigen Gesandten in Brüssel, Wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn Grafen von Redern, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in St. Petersburg zu ernennen.
Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Adressdebatte fortgesetzt. Zuerst nahm der Abgeordnete Twesten für den Entwurf das Wort. Während seiner Rede traten die Minister v. Bismarck, v. Bobelschwingh, v. Mühlner, Graf zur Lippe, Graf Eulenburg und v. Selchow ein.

Ab. Twesten: Jeder letzte Zweifel in Betreff des Erfolges einer Adresse werde durch die getriggerte Rede des Ministerpräsidenten gehoben. Diese Konstatirung in offiziellem Sinne, daß es sich um einen Konflikt zwischen dem König und dem Lande handle. Da gebiete der Ernst der Lage eine offene Erörterung in einer Adresse. Der Redner zeichnet dann die Situation. Die Regierung selbst habe die Möglichkeit eines Kompromisses in Abrede; sie verlange eine Unterwerfung in der nächsten Session. Demnach müsse er die Darstellung, als sei das Haus der angelegentlichste Theil gewesen, als eine Verleumdung bezeichnen. Die Reorganisation war nicht bestehendes Recht; das Haus hat also nicht in bestehendes Recht des Hauses eingegriffen. Redner weist dies aus der Entwicklung der Verfassungsfrage nach. Die Parallele, die der Ministerpräsident zwischen dem budgetierten Zustand und der früheren Prager verpöndelten Budgetstellung aufstellt, hält nicht, weil es sich nicht um die weitere Leistung gefehlt, früher bewilligter Ausgaben handelt. Diese Interpretation der Verfassung ist eine Aufhebung der Verfassung. Zur Bestimmung gehören alle drei Faktoren, zur Verfassung genügt einer. Das Korrekturen unmodifizierter Verfassung ist die Aufhebung, und bei unmodifizierter Verfassung würde dieses Haus das Land nicht hinter sich haben. Der Konstitutionalismus giebt die Formen des Vorgehens, so lange nicht die Gewalt gilt. Dieses Haus wird nicht weichen, so lange die Verfassung steht, und das Land wird nicht weichen, wenn die Verfassung fällt. Die sogenannte konservative Partei, welche ihre Berechtigung nur in ihren Präzedenzen sucht, denkt nicht mehr an Begründung dauernder Zustände, sondern nur an das für den Augenblick zur ihre Präzedenzen. Die Budgetaufhebung fällt übrigens der Staatsregierung zur Last, und diese ist auch für den Beschluß des Herrenhauses verantwortlich, welches trotz seiner Fortschritte auf einen so extremen Beschluß nicht eingegangen wäre, wenn die Regierung früher nicht angemessen waren; aber nach dem, was im Herrenhaus über uns gesagt ist, sind wir demselben keine Courtstoffe mehr schuldig (Bravo). Durch die Verlängerung des Konfliktes um eine Mitgliedschaftswahl wollen wir der Staat geschwächt, das Rechtsgefühl untergraben, und ein pessimismus erzeugt, der auch einer liberalen Regierung künftig ihre Stellung erschweren wird. Trete an die Stelle der chronischen die akute Verfassungsverletzung, die akute durch Störung eines Wahlgesetzes, so müßte es ein eigenartiges Wahlgesetz sein, welches der Regierung die Majorität schaffen könnte. Eine Anerkennung des Verfassungsbruches würde aber in Preußen ebenso wenig herbeigeführt werden, wie in Kurpfalz. Unter solchen Umständen muß das Haus ohne Umschweife sprechen. Wir sind darüber einig, daß das Staatsruder sich nicht in guten, daß es sich in gefährlichen Händen befindet. Die Minorität möge sich daher nicht auf Einzelheiten stützen, sondern hierin der Majorität sich unterordnen. Redner rechtfertigt hierauf die Form der Adresse. Mit dieser Regierung ist ein Zusammenwirken nicht mehr möglich, auch wenn der Konflikt durch beiderseitiges Nachgeben gelöst werde, da jeder Waden des gegenseitigen Vertrauens fehlt. Will die Regierung einen Grund für das Abbrechen der Verhandlung in diesem Hause, so mag sie ihn in der Adresse finden; das Land wird unbedeutend durch Vorwände auf der Seite derjenigen stehen, welche die Verfassung vertheidigen. Was die auswärtige Politik anbelangt, so ist die Ablehnung des Delegiertenprojektes kein Verbrechen; in der Negation sind alle deutschen Regierungen stark. Politisches erreichen kann die jetzige Regierung nicht; sie hat in Deutschland keine Partei. An die Stelle der moralischen Erörterungen sind moralische Niederlagen getreten. In allen deutschen Ländern säubert die Gesetzgebung vor. Der Angriff auf die Verfassung in Preußen fehlt vereint da. Es wir uns der Wiederherstellung des Absolutismus fügen, oder wird man die festhalten Bande zerreißen sehen; das Gefühl ist allgemein, daß ein solcher Versuch der Restauration des Absolutismus der Grundlagen des Staates gefährlich würde. (Bravo.)
Ab. Dr. Behrt (gegen den Entwurf) findet den Entwurf im Inhalt unrichtig, in der Form unangemessen, in seinem Ziel verhängnisvoll. Das Haus habe auch seinen Antheil an dem Konflikt, den es durch seine letzten Beschlüsse in der Militärfrage herbeigeführt. Die Reorganisation des Heeres sei in dieser Beziehung anerkanntswürdig; das Volk wünsche nur eine geordnete Grundlage für dieselbe. Die Ausgabehöhen hätten allerdings vermindert, weil das Volk eine Ausgabevermehrung ohne Ende fürchtete. Daher die Wahlen von 1862. Wenn die Staatsregierung beweise, daß sie ein Herz für das Heeresbedürfnis hat, so wird ein Umsturz eintreten. Auch das verfassungsmäßige Recht des Abgeordnetenhauses muß von der Staatsregierung anerkannt werden, aber das Abgeordnetenhaus muß es auch in weiser Mäßigkeit ausüben.

Ab. Janiszewski. Ich will nur die Abstimmung meiner Freunde mittheilen Sie Anders kämpfen für die Verfassung als das Palladium Ihrer Freiheit. Die Erschütterung derselben macht lange und mühsame Arbeiten zu nichts, rückt die Erfüllung Ihrer nationalen Wünsche in weite Ferne, untergräbt Ihre nationale Stellung. Anders steht es mit uns. Die Verfassung läßt unserer Nationalität keinen Boden, giebt uns für die Gegenwart wenig, für die Zukunft gar nichts. Unter der Verfassung sind wir durch Maßregelungen aller Art heimgeführt und bei allen Vortheilen bleibt die Verfassung eine lex dura für uns. Wir haben lange angefangen, den Göttern dieselbe zu leisten, aber nachdem es geschehen, wollen wir an dem Bestehenden festhalten, bis wir etwas Besseres haben. Jedes Gesetz, auch das mangelhafte ist besser, als die Willkür. Die Interpretationskunst, die Sie jetzt ankaufen, ist an uns lange Jahre geübt worden, und Viele von Ihnen haben diesen Interpretationsbeifall gesucht. Auch Graf Schwerin hat solche Interpretationen gegen uns gerichtet; die Waffe kehrt sich gegen ihn selbst. Seit der Uebertretung Polens hat die Macht über das Recht den Sieg davon getragen. Wo es sich um den Kampf des Rechts mit der Gewalt, der Freiheit mit dem Absolutismus handelt, sind wir keinen Augenblick zweifelhaft. Um des Prinzips willen, um des Rechts willen, um des Guten willen, das die Verfassung geschaffen, stehen wir auf Ihrer Seite. Wir waren gegen jede Adresse, da wir uns aber für eine Entscheidung müssen, so können wir für die der Kommission, trotz mancher Anstaltungen, stimmen. Redner legt dabei Vernehmung gegen den achten Absatz ein, welcher die Stellung zum Ausland betrifft. Das National-Deutsche läßt sich vom Preussischen nicht trennen. Wir sind preussische Staatsangehörige, aber Polen. Wir haben also kein Recht und keine Pflicht, in dieser reindeutschen Angelegenheit mitzufprechen. Wir können Sympathie für Ihre Bestrebungen haben, uns aber nicht in sie einmischen. Bei aller Achtung für Deutschland können wir es nicht für unser armes Vaterland, unsere geknechtete Mutter einstehen. Ihre Bewegung leidet an einem Widerspruch; was Sie für sich erstreben, wollen Sie bei uns verhindern. Es ist eine gerechte Fügung der Vorlesung, daß Sie nicht zur Ruhe kommen, bis uns zu unserm Recht verholfen ist.

Ab. Reichensperger (Besuch) gegen den Entwurf. Die Majorität sei aus der Sympathie der übermäßigen Lokalitätsproben der vorigen Adresse in die Charybdis geraten. Ferner nehme die Adresse zu wenig Rücksicht auf den möglichen Erfolg. Man müsse den augenblicklichen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Sie seien ein wesentlicher Faktor in der politischen Rechnung. Der Redner geht hierauf auf einzelne Punkte der Adresse ein, hat gegen dieselben allerlei Einwendungen zu erheben. Wenn der Herr Ministerpräsident übrigens angeführt hat, daß die Beamten ihr Gehalt nehmen, und damit die behauptete Verfassungserziehung nicht anerkennen, so könne Derartiges vielleicht in einem Zeitungsartikel vorgebracht, aber nicht ernstlich vor dem Hause besprochen werden. Dagegen thue man von anderer Seite uns recht, zu behaupten, es sei nur eine kleine konservative Partei vorhanden, auch möge man diejenigen, welche an den Loyalitätsadressen theilgenommen, nicht der Verleumdung anklagen, sondern ihre Aussprüche, wenn sie Verleumdungen enthalten, entweder unbeachtet lassen oder dem Strafrichter überweisen. Er wolle durch eine Adresse nicht Del in's Feuer gießen und halte noch immer an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen.

Ab. Schulze-Delitzsch (für den Entwurf): Nur zwei Redner haben sich gegen eine Adresse ausgesprochen, weil sie keinen Erfolg haben werde, und weil die Lage des Landes so sei, daß eine Paraphrase der Thronrede unmöglich werde. Für mich ist ein Gesichtspunkt entscheidend. Wir haben, ehe wir auseinander gingen, Beschlüsse gefaßt, welche gewisse Eventualitäten ins Auge faßten. Diese Eventualitäten sind eingetreten. Jetzt schweigen, diese sie sanktionieren. Wenn je, so ist es jetzt an der Zeit, über die Minister hinweg, zu der Minister zu reden. Wir müssen das an der Schwelle der ersten Kämpfe, in die wir eintreten. Vor der ersten Pflicht gegen Se. Majestät muß die bloße Courtstoffe zurücktreten. Unseres Amtes ist es, Se. Majestät die Wahrheit zu sagen, denn wir sind keine Hölle. Die Gehörlichkeit vor dem Könige bedingt die Wahrhaftigkeit. Denen, die in ihren Adressen den König gekränkt, sei der Vorwurf der Verleumdung der Gehörlichkeit zurückzugeben. Die Anschuldigung in Betreff der Verfassungsverletzung hat sich in den Debatten als eine einmüthige dargestellt. Aber diese Einmüthigkeit ist nicht in die Adressenwörter übergegangen. In dem Reichenspergerschen Entwurf wird unseren ablehnenden Beschlüssen ein bestimmter Charakter nicht beigelegt, als ob auch zu einer Verweigerung der Loyalitätsanerkennung der drei Faktoren nöthig wäre. Es hat bei Entschlüssen der minder Bestehenden Recht. Wenn eingewendet ist, daß die Minister ohne Budget fortzulegen müßten, um den Fortschritt zu ermöglichen, so soll man uns beweisen, daß die Gehörlichkeit des Senates ohne die 6 Millionen, welche bis 1860 nicht ausgegeben wurden, unmöglich war. Was der Ministerpräsident von dem „Erlaß“ der Steuerzuschüsse gesagt hat, gewiß niemand verstanden, da man von dem Erlaß einer nur auf Zeit bewilligten Steuer nicht reden kann. Man hat den Ausfall durch erhöhte Einschätzung zu decken gesucht. Die inneren Zustände sind in der Adresse nicht zu übersehen. Sie liegen für viele Fälle vor, sie wären für andere durch eine Untersuchungskommission leicht zu beschaffen; aber das ist nicht der Apparat für eine Adresse, die Beweise gehören in die Unterredung, nicht in die Anklage. Die Lokalitätsdeklarationen legen uns die Pflicht zu reden auf. Uns berühren die Schmähsungen wenig, sie sind vor dem Volk ein Zeugnis für uns; aber Er. Majestät gegenüber müssen wir eintreten, wo man versucht, den König über die Stimmung des Volks

tes zu täuschen. Das ganze Volk fühlt sich mit Roth beworfen durch diese Schmähsungen. Die kleine Partei identifiert sich wieder mit dem Königthum. So hat sie es immer gemacht. „Wer uns zu nahe tritt, der gefährdet den Staat.“ Aber gleich es eine Partei, die, wie diese, jedesmal durch ihre Herrschaft den Staat an den Rand des Verderbens gebracht hätte? War nicht jede Erhebung ein Bruch mit dieser Partei? Der schlimmste Dienst für das Königthum ist, es mit dem konkreten Kulturbesürfnis in Widerspruch zu setzen. Wir haben die Hoffnung, daß die erbliche Stimme zum König dringen werde; wir haben das Vertrauen zu dem Träger der Krone, das unsere Stimme im Laufe der Zeit nicht vergehen verhalten werde; das ist die beste Gehörlichkeit, die wir ihm erweisen können.

In der auswärtigen Politik schreitet die große Aktion nicht nur an dem Widerspruch zwischen der inneren und äußeren Politik, sondern auch an dem Willen der feudalen Partei, die sich unter Metternich und Ulmüß zu wohl befunden hat, als daß sie den Staat in Aktion versetzen wollte. Sehen Sie die deutschen Mittelstaaten an, da werden Sie die Wirkungen erkennen, welche die Regierung auf die berechtigte Geltung Preußens geübt hat. Sätte die Regierung den Kurbesen den Dienst gethan, den Verfassungsfunktion zu beenden, so könnten wir nicht dankbar dafür sein, weil sie uns den Konflikt herbeigeführt. Das Delegirtenprojekt war schon vor der Abstimmung gefallen. Während Oesterreich durch Eingabe an das konstitutionelle Prinzip die Schwierigkeiten mindert, uzt Preußen durch willkürliches Zurückgehen zum Absolutismus dieselben herfort. Der Drang nach Einigung geht lebhaft durch alle Herzen im deutschen Volk. Wenn das jetzige Ministerium die Lösung, Centralgemal und deutsches Parlament“ erschaffen ließe, so würde sich zu dem von ihm berufenen Parlament Niemand einfinden. Wir legen nicht nur die Sonde in die Wunde, wir zeigen auch die Heilung, und wenn ein Volk zeigt, daß es die Ursache seiner Schwäche und die Quelle seiner Stärke kennt, so weiß man im Auslande, daß der Niedrigkeit die Erhebung folgt. — Es ist gut, daß beide Seiten sich klar ausgesprochen; das Volk will wissen, zu wem es sich halten soll. Wenn man allem konstitutionellen Recht entgegen den Artikel 99 in Zweifel stellt, so kann man jeden Artikel in Zweifel stellen. Wie man ein System aus seinem Gegenheil ergänzen will, den konstitutionalismus aus dem Absolutismus, ist mir unbegreiflich. Nach meiner Auffassung ist im Laufe der Diskussion zu der alten Verfassungsüberlegung noch eine neue hinzugekommen, das Vorstellen der geheiligten Person des Königs zur Deckung der Minister. Darin liegt ein vollständiges Verdrücken des konstitutionellen Königthums, ein Verstoß gegen die unbestrittene Grundbedingung jeder Monarchie, die in der Unverletzlichkeit des Trägers der Krone besteht. Um diese gegenüber der Mitwirkung des Volkes zu ermöglichen, dazu ist in der Verfassung das Bewilligungsrecht der Volksvertretung, in der Exekutive die Verantwortlichkeit der Minister nötig; diese Anordnung schließt das Volk und den Thron, indem sie von diesem die Verantwortlichkeit formirt. Wer hieran tastet, der tastet an das konstitutionelle Königthum in einer seiner Grundsaulen. Der Minister darf sich dem Könige gegenüber mit seiner Verantwortlichkeit decken, aber kein Minister darf sich dem Lande gegenüber mit der Verantwortlichkeit des Königs decken. Daß der Minister-Präsident, wie er ausgesprochen, die Verantwortlichkeit nicht schein, glaube ich ein Verantwortlichkeits-Gewes ist nicht da, aber welche Aufzweigung kann das Königthum von Männern erwarten, welche schon jetzt ohne Noth den Namen des Königs in den Streit der Parteien ziehen. Ich nehme von diesem Auspruch des Minister-Präsidenten nur Akt, um festzustellen, daß wir den Auspruch ignoriren, daß wir uns in unserer Kritik nicht geniren lassen werden, daß wir sie nach wie vor betrachten als verantwortliche Minister. — Daß das Volk nicht mit den Wahlen genug getan zu haben glaubt, daß es mit uns geht, das besweisen nicht nur die Adressen, das beweist die Selbstbefreiung durch den Nationalfonds. Wie würden wir diesem Volk gegenüberstehen, wenn wir von dem verfassungsmäßigen Rechte etwas aufgaben. Wir sind nur Depositare der Volksrechte, nur das Volk kann darüber verfügen. Man frage, wie wir den König über die Minister hinweg, so das Volk über uns hinweg durch eine Aufspaltung. Sollten wir etwas aufgeben, so würden wir uns einer Sünde gegen den heiligen Geist der Geschichte schuldig machen und es gäbe keine Vergebung.

Finanzminister: Die in die Adresse hineingetragenen Fragen gebören nicht hierher. Der Hauptgrund, der diese Adresse veranlaßt, liegt in dem Vorwurfe, daß die Verfassung durch eine staatslose Regierung verletzt sei. Ich kann das nicht zugeben, nicht zugeben, daß der Artikel 99 aufgehört habe, eine Wahrheit zu sein. Derselbe schreibt der Regierung die jährliche Vorlegung eines Budgets vor, das Letztere, das Zustandekommen des Gesetzes hängt nicht von ihr ab. Wie dies zu erreichen, ist nicht vorgeschrieben. Es liegt nun vor, die Vorlegung und Bericht des Vorkommnisses, die Beschlüsse des Hauses, die Erhebung großer Summen, trägt des entscheidenden Widerspruch der Regierung und des Ausschusses, daß die Ausführung der Beschlüsse unausführbar ist, ferner die Ablehnung des Etats im anderen Hause, so daß ein Etat nicht zu Stande kam. Für die Beschlüsse des anderen Hauses kann die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden. Nach dem Richtzustandekommen des Etatsgesetzes fragte es sich in diesem bedauerlichen Zustande für die Regierung: Was nun? Ich weiß für diesen Zustand kein anderes Mittel, als das, die im vorigen Jahre ungelöst gebliebene Differenz nachträglich zur Lösung zu bringen. Die Regierung ist des ersten Willens, dieses Mittel herbeizuführen, das hat sie in der Eröffnungsrede durch das Vorprechen der nachträglichen Vorlegung der Ausgaben für 1862 bewiesen. Dies beruht nicht auf Art. 104, sondern die Regierung ist sich bewußt, daß sie im vorigen Jahre gemachten Ausgaben der Sanktion entbehren und daß sie deshalb der nachträglichen Sanktion bedürfen, da sie nur auf eigene Verantwortung der Regierung verfügt sind. Vor dem 15. März kann diese Vorlage nicht erfolgen. Dann wird dem Hause und dem Lande kund, wie die Regierung ohne Etat gewirksamkeit, und das Haus kann nach seinem Dafürhalten beschließen. Einen Voranschlag nicht vorzulegen, ist unmöglich, da eben ein Voranschlag nach Ablauf des Etatsjahres ein Widerspruch ist. Ich kann nicht mehr Sanktionen, ich muß Sanktionen bieten. Die Genehmigung wird keine Decharge-Entscheidung, sondern eben nur nachträgliche Sanktionserteilung sein; zur Decharge gehört noch die Thätigkeit der Oberrechnungskammer. Der Vorgang entspringt freilich nicht der Verfassung, aber zeigen Sie mir einen durch die Verfassung vorgeschriebenen Weg aus dieser, ich wiederhole, bedauerlichen Lage. Ich hoffe, daß diese aus tiefer Ueberzeugung gesprochenen Worte den mir erwünschten Eindruck machen.

Die allgemeine Debatte wird auf Antrag des Abg. Seydenreich geschlossen und das Wort erhält als Antragsteller Abg. Virchow. Die Haltung der Minister in der gegenwärtigen Debatte entspräche nicht den Erwartungen, die das Land daran knüpfen müsse. Der Justizminister habe das Wort gar nicht ergriffen in einem Streite, der zwischen dem Rechte des Landes und der Macht des Ministeriums obwalte. Der Satz, den der Minister-Präsident voranstellte: „Ihr müßt Geld geben, damit der Staat existiren kann“, sei durch und durch unfaßbar. Der Gegensatz zwischen dem Hause und den Ministern sei zu groß. Die Minister verstehen gar nicht die Sprache der Abgeordneten (Geschlechter), denn die Minister thäten nicht so, als ob es sich darum handle, bestehendes Recht zu halten, sondern als ob nur Kompromisse zu machen wären. Da müsse man sich, um verstanden zu werden, eben an den König wenden. Die Minister hätten die Loyalitäts-Adressen und Deputationen in Szene gesetzt. Es wäre ein Leichtes gewesen von Seiten der Majorität des Landes mit anderen Deputationen zu antworten, ein Leichtes große Prozeffionen in das königliche Palais zu führen, und nicht aus solchen Reuten, wie sie in der Wilhelmstraße vorführt worden (Feststellung), sondern aus den Trägern der Intelligenz, des Wissens, der Wissenschaft und Kunst; allein man habe gesagt, diese Deputationen würden weniger freundlich von den Ministern empfangen und befürdert werden sein, daß sich vor ihnen die Pforten des Schlosses nicht geöffnet haben würden. Man hat auf die einzige gesetzliche Vertretung des Volkes gerechnet, diese sei nun da, solle sie denn schweigen? Es habe nun zwar der Ministerpräsident in der Commission gesagt, er könne Dr. Maj. zur Annahme der Adresse nicht raten; denn wenn er gesagt hätte, er werde die Ablehnung raten, so würde dies ein neues Attentat auf die Verfassung sein, wobei sich der Redner auf die schweigende Autorität des Justizministers berufen wolle (weil Richter); allein deshalb müsse die Adresse doch beraten werden, damit man endlich ein Gebot fände, auf welchem ein gegenseitiges Verständniß möglich sei. Die Ein-

weisung auf England und seine Minister, welche Herr v. Bismarck gestern versucht, treffe nicht zu, wenn derselbe den Geburtstag des Thronfolgers als am Tage der beginnenden Adreßdebatte angezogen, vielleicht um dem Hause einen Mangel an Ehrfurcht vorzumachen, so nehme Redner dasselbe Recht für sich in Anspruch. Er hoffe, daß der einstige Thronerbe vor Fälligkeit, wie der jetzige, bewahrt bleiben, daß er das Verfassungsrecht geordnet finden möge und daß die Erfahrung, welche sein Großvater (Prinz Albert) in England gemacht, für ihn nicht verloren sein werde. Wenn der Ministerpräsident von der Rückkehr zum alten Recht spreche, so wünsche der Redner zu wissen, was damit gemeint sei. (Schluß folgt.)

Einer Deputation aus der Provinz Posen, welche Sr. Maj. dem König am 23. d. M. eine Loyalitäts-Adresse überreichte, hat Sr. Majestät nach der „N. Dr. Ztg.“ Folgendes erwidert:

„Ich freue Mich, Meine Herren, der Gesinnungen, die Sie zu Mir führen, und danke Ihnen, daß Sie Mir die aus vielen Theilen des Landes bereits fundamentegebenen Gesinnungen aus Ihrerseits ausgesprochen haben. Es herrscht leider im Volke eine von gewisser Seite absichtlich herbeigeführte und genährte Verwirrung. Die einen Leuten zu Gebote stehenden Organe haben den annehmlich im Lande herrschenden Steuerdruck benuzt, um die Absichten Meiner Regierung zu verdrängen. Die Armees-Organisation ist Mein eigenes Werk und dient dazu, die Wehrfähigkeit des Landes zu erhöhen und die Kassen Meines Volkes in Wahrheit zu erleichtern; die Finanzen des Staates sind in der günstigsten Lage, die Ausgaben dafür zu decken. Fremde und Steuerdruck gleicht selber überall, aber eine Steuererhöhung hat bei uns nicht stattgefunden; im Gegentheil habe ich auf die Zuschlagssteuer verzichtet. Aber es wird absichtlich in Versehenheit gebracht. Die Verfassung hat der König, Mein Bruder, gegeben; Ich habe sie beschworen, Ich werde sie halten, wie Ich das schon so oft ausgesprochen habe; wer Meiner seit fünf Jahren geführten Regierung aufrichtig gefolgt ist, kann nicht daran zweifeln. Aber Ich werde die Verfassung halten in dem Sinne, in welchem sie gegeben und von Mir aufgeführt wird, aber nicht, wie sie von Menschen ausgelegt wird, welche dahin streben, in die t. Macht einzugreifen. Meine pflichtmäßige Aufgabe ist es, nach allen Seiten hin diese t. Macht mit aller Energie aufrecht zu erhalten. Die ganze gegenwärtige Agitation ist durch Entstellung der Wahrheit hervorgerufen. Es kommt allerdings darauf an, die Wahrheit bei Geltung zu bringen; unter der deutschen Bevölkerung Ihrer Provinz wird Ihnen dies hoffentlich leicht werden. Allerdings ist es schwer, der Wahrheit überall Eingang zu verschaffen, da die Verbreiter der Unwahrheit sich an nichts setzen; Ich hoffe aber, wenn mit Konsequenz auf der von Meiner Regierung eingeschlagenen Bahn fortgefahren wird, werden wir doch der Wahrheit den Sieg verschaffen, und Ich vertraue, so Ich weiß es, daß Sie und diejenigen, in deren Namen Sie hier stehen, jeder an seiner Stelle Mir dazu beifällig sein werden. Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie vor Mir erschienen sind und Mir durch Ihr Erscheinen eine Freude bereitet haben, die Mir gerade in diesen Tagen sehr erwünscht ist. Verbreiten Sie die von Ihnen ausgesprochenen Gesinnungen und das, was Ich Ihnen gesagt habe, in weiten Kreisen. Vertrauen wir auf Gott, der uns säuberlich helfen wird!“

Ein ganz unglaubliches Gerücht wird von der „Pos. Ztg.“, einem sonst sehr vorsichtigen und gemäßigten Blatte, mitgeteilt: an den Ober-Präsidenten v. Bonin soll, bevor er zur Disposition gestellt wurde, die Anfrage ergangen sein, ob er mit der Einberufung eines vereinigten Landtages einverstanden sein und eventual zu derselben mitwirken würde. Hoffentlich erhält diese Nachricht ein energisches Dementi.

Die Sprecher jeder beliebigen feudalen Subjektion glauben sich jetzt berechtigt, bei jeder Veranlassung ihre subjektive Ansicht über den Verfassungsfunktion zum Besten zu geben. Graf Arnim-Bozenburg gestattete sich bekanntlich bei Ueberreichung der Adresse des märkischen Provinzial-Landtags Ausführungen, welche dieser Adresse ganz fremd geblieben waren. In Küstrin wurde am 22. Jan. der Communal-Landtag der Neumark mit einer Rede geschlossen, in welcher der Landesdirektor v. d. Goltz folgende Improvisation einfließen ließ:

Wie Sie wissen, ist Sr. Maj. genötigt worden, im Bewußtsein seines Rechts, seiner Pflicht und seiner Macht den Befreiungen einer Partei entgegen zu treten, welche, im ganzen Lande und unter allen Schichten der Bevölkerung verbreitet, die Machtstellung unsers Königs von Gottes Gnaden zu verdrängen sucht und dadurch Preußens Macht und Ruhm zu zerstören droht.

Und die feudale Presse, welche diese Aeußerung wohlgefällig registriert, nimmt sich heraus, dem Präsidenten Grabow vorzuwerfen, daß er bei der Eröffnung der Sitzungen des Abgeordnetenhauses seine Kompetenz überschritten habe!

Der „Staats-Anzeiger“ hatte schon vor mehreren Tagen die Aufgabe, als sei von Berlin aus die Initiative zu einer Zusammenkunft mit dem kaiserlich österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ergriffen worden, als un wahr bezeichnet. Da nichtsdestoweniger Verbindungen stehen, forschaften, jene Nachricht zu wiederholen, so erklärt der „Staats-Anzeiger“ heute, die Unrichtigkeit, welche bei der Fortsetzung dieses Verfahrens unverkennbar zu Tage tritt, dürfte die königliche Regierung endlich in die Nothwendigkeit versetzen, durch Veröffentlichung von amtlichen Mittheilungen der Verbreitung von dergleichen tendenziösen und lügenhaften Entstellungen ein Ziel zu setzen.“

Dr. Hagen hat zu seiner früheren folgende Supplements-Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet:

Hohes Haus der Abgeordneten! Hiermit zeige ich im Anschluß an meine Petition ersichtlich an, daß ich am 17. c. auf Grund ärztlicher Krankheits-Anzeige der Haft entlassen worden bin. Hierdurch sehe ich jedoch meine Beschwerde noch nicht für materiell erledigt an, sondern muß auch aus rechtlichen Gründen die nunmehrige definitive Entscheidung der Angelegenheit herbeiwünschen. Diese Gründe find in meiner Petition angegeben und durch die öffentliche Meinung schon längst unterstützt worden. Hieraus modifizire ich mich geborsamen Petitionsantrag dahin, daß alle rechtlichen Gründe die Niederlegung des gegen mich schwebenden Inanspruchnehmens angeordnet werde, und bitte ich demnach, in dieser Richtung meine Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Insterburg, den 19. Januar 1863. Otto Hagen.

Vorgestern hatte in Danzig das 5. Regiment Ordre erhalten, gestern früh nach Thorn abzugehen. Die Thorne Besatzung dagegen sollte zur Bewachung der Grenze abgefannt werden.

Bezüglich der weiteren Schritte, welche in der Bundesreformfrage nunmehr zu thun sind, sollen, wie der „N. N. Z.“ aus München geschrieben wird, bereits Verhandlungen zwischen den Regierungen von Oesterreich und den süddeutschen Staaten eingeleitet sein, auch heißt es, daß deshalb erneute Minister-Conferenzen beabsichtigt sind. Daß ein weiteres Vorgehen von diesen Staaten in kürzester Zeit zu erwarten ist, wird mit Bestimmtheit versichert.

Main table containing financial data for Eisenbahn-Aktien, Fonds-Cours, and various bonds. Columns include titles, prices, and interest rates.

Wachsend kein Kurs hat nicht ist, werden unanständig 2 pCt. berechnet.
Nachen = Wärfischer 84 1/2, 3/4 gem. Mecklenburger 66 1/2, 3/4 gem. Nordbahn (Friedr. Wilh.) 66 1/2, 3/4 gem.
Disconto-Comandit-Antheile 97 a 98 gem. Leipziger Creditbank 83 1/2, 3/4 gem. Decker. Credit 98 a 98 gem.
Die Börse blieb zwar fest, aber im Ganzen geschäftlos, nur in einzelnen Wäfen, in Mecklenburger, Nordbahn, Rheinischen, Rhein-Nabe und Wärfischer fanden einige, in Nordbahn sogar sehr bedeutende Umsätze statt; Fonds waren fest bei mäßigem Verkehr.

Marktberichte. Halle, den 29. Januar. Weizen gut verkauflich 59-62, 63 pf, Roggen etwas stiller 47-49, 50 pf, Gerste unverändert 35-36, 37 pf.
Magdeburg, den 28. Januar. (Nach Wäfen.) Weizen 56 1/2 - 62 pf Gerste - 39 - pf pro Scheffel 84 th pro Scheffel 70 th
Roggen 48 - 49 1/2 pf Hafer - 24 - pf pro Scheffel 84 th pro Scheffel 50 th
Kartoffelspiritus, 8000 G Tralles, loco ohne Faß, 14 3/4, 14 1/2 pf.

Breslau, d. 28. Jan. Spiritus pr. 8000 pCt. Tralles 13 1/2 pf G. Weizen, weißer 70-82 pf, gelber 69-78 pf, Roggen 50-54 pf, Gerste 37-43 pf, Hafer 22-27 pf.
Stettin, d. 28. Jan. Weizen 63-70 bez., Frühl. G. 70 1/2 da. Roggen 45 1/2 bez., Januar 48 da, Frühl. 46 bez., Mai/Juni 46 1/2, Juni/Juli 46 1/2, da. Hübel 15 1/2 pf, Jan. 15 1/2 da, April/Mai 15 1/2 G. Spiritus 14 1/2 bez., Jan. 14 1/2 da, Frühl. 14 1/2 bez., Juni/Juli 15 1/2 da.

Bekanntmachungen. Bekanntmachung einer Holzversteigerung in den Gegenden Rosenburg und Warby des Königlichen Forstreviers Lödderitz. Auf Dienstag den 10. Februar ec. früh 9 Uhr im Beckerischen Gasthose in G. Rosenburg ist Termin zur Versteigerung der hierunter angegebenen Hölzer anberaumt, die die Herren Förster Thiele und Berg kauslustigen auf Verlangen zuvor nachsehen werden. Die Verkaufsbedingungen werden bei Eröffnung des Termins zur Kenntniss der Käufer gebracht.

Berlin, den 28. Januar. Weizen loco 60-72 pf nach Qualität, fein gelb schief, 70 1/2-71 pf ab Bahn bez., gelb schief, 67 pf ab Bahn bez.
Roggen loco polnisch, 46 1/4 pf ab Bahn bez., 80-83 pf. 46 1/4-47 1/4 pf ab Bahn bez., Januar 46 1/4-50 pf bez., 3/4 G., 1/2 G., Jan./Febr. 46 1/4-50 pf bez., u. G., 3/4 G., Febr./März 46 pf bez., Frühl. 45 1/4-50 pf bez., u. G., 48 Br., Mai/Juni 46 pf bez., u. G., 1/4 Br., Juni/Juli 46 1/4-50 pf bez.
Gerste, große u. kleine 32-39 pf pr. 1750 pfd. Hafer loco 22-23 1/2 pf, Viehfutter pr. Jan. u. Jan. Febr. 22 1/2 pf, Frühl. 22 1/2 pf, Mai/Juni 23 1/2 pf Br., Juni/Juli 23 1/2 pf.

Wasserstand der Saale bei Halle am 28. Januar Abends am Unterpegel 8 Fuß 9 Zoll, am 29. Januar Morgens am Unterpegel 8 Fuß 6 Zoll.
Wasserstand der Saale bei Weissenfels am 27. Januar Abends 8 Fuß 9 Zoll, am 28. Januar Morgens 7 Fuß 8 Zoll.
Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 28. Januar Vormitt. am alten Pegel Nr. 1, am neuen Pegel 7 Fuß 6 Zoll.
Wasserstand der Elbe bei Dresden den 28. Januar Mittags: am J. 0.

I. Begang Rosenburg. Es kommen zum Verkauf: In dem Schläge der f. g. Kabeln, unmittelbar an einer gepflasterten Straße und an dem ca. 800 Schritt davon liegenden schiffbaren Saalkanal: circa 12 Stück Rüstern-Nugabschnitte von 15-40 Fuß Länge und bis 21" mittlerer Stärke, 31 Stück Eichen-Nugabschnitte von 12-40 Fuß Länge und bis 36" mittlerer Stärke, 2 Stück Eichen-Burkflöße, 31 1/4 Rüstern-Kloben und Anbruch, 2 Knüppel und Knorren, 9 1/2 Stück Stammholz, 43 Reifig.

67 Kistr. Rüstern: Kloben und Anbruch,
 6 1/2 " " Knüppel u. Knorren,
 32 1/2 " " Reisig.

II. Begang Barbv.

247 Schoß Bübnerwaafen,
 14 " Eimerbandstöcke I. Cl.,
 23 " do. II. "
 4 " Gabelstiele.

Rugholz-Verkauf.

Montags den 9. Febr. er. sollen in dem Rathskeller zu Wippra von Vormittags 9 Uhr nachverzeichnete Rughölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

A. Saaung Wichmannsberg bei dem Forsthaufe Bodenschwende:

circa: 70 Stück Eichen,
 5 " Ahorn,
 39 " Rothbuchen,
 9 " Weißbuchen,
 4 " Erlen,
 16 " Birken,
 1 " Schlitten,
 7 " Leiterbäume,
 3 " Karrnbäume,
 7 1/2 Kistr. Eichen Rugholz,
 2 1/2 " Rothbuchen do.

B. Saaung Langehain bei dem Forsthaufe Schiefergraben:

circa: 71 Stück Eichen,
 13 " Ahorn,
 2 " Eichen,
 4 " Rothbuchen,
 25 " Weißbuchen,
 76 " Birken,
 1 " Schlitten,
 19 " Leiterbäume,
 6 " Karrnbäume,
 33 " Leisten,

1 1/2 Kistr. Eichen Rugholz.

C. Saaung Beckerheck.

circa: 75 Stück Eichen,
 15 " Ahorn,
 8 " Spigaborn,
 2 " Nassholderaborn,
 32 " Rothbuchen,
 120 " Weißbuchen,
 1 " Schlitten,
 178 " Birken,
 132 " Leiterbäume,
 62 " Karrnbäume,
 139 " Leisten,

3 1/2 Kistr. Eichen Rugholz,
 1/2 " Rothbuchen do.

Die Herren Förster Märker auf Bodenschwende und Niesche auf Schiefergraben sind beauftragt, die hier verzeichneten Hölzer auf Verlangen vorzuweisen.

Bei Eröffnung des Termins werden die Bedingungen bekannt gemacht und wird hier nur bemerkt, daß jeder Käufer 25% des Kaufgeldes gleich im Termine anzuzahlen hat.

Wippra, den 26. Jan. 1863.

Der Oberförster
 gez. Hoffmann.

Guts-Verkauf.

Ein größeres Gut, bestehend aus sehr guten Gebäuden und guten Feldern und Wiesen, im Zeiger Kreise gelegen, soll mit vollständigem lebenden und toden Inventar verkauft und Otern dieses Jahres übergeben werden. Zur Uebernahme würde nur ein Vermögen von 20 bis 25,000 \mathcal{R} erforderlich sein, da die übrigen Kaufgelder sicher sehen bleiben können.

Alles Nähere über Größe, Lage und Beschaffenheit dieses Gutes wird nur Selbstkäufern auf portofreie Anfragen durch den Kreis-Auctionator Nose zu Zeitz unentgeltlich mitgetheilt.

Bekanntmachung.

Ich bin genehm, aus meiner Brauerei einen neuen kupfernen Kessel von 527 Quart Inhalt nebst messingernem Hahn, zwei neue Bottiche, der eine von 2912 Quart, der andere von 2000 Quart Inhalt, eine Sblättrige gut gehaltene Drahtbarre nebst Zubehör, eine Hopfenhau u. sgl. m. aus freier Hand zu verkaufen. Wo? sagt Ed. Stückrath in der Erp. d. Sig.

Ein Paar braune gute Zugfüße stehen zum Verkauf beim Müllermeister Fischer in Dornitz.

Vorläufige Bekanntmachung!
Auctions-Anzeige.

Anfang März ds. Jrs. soll wegen Aufgabe der Oekonomie-Wirthschaft des St. Johannis-Hospitals zu Leipzig ein großer Theil des vorhandenen Inventars, bestehend in guten Arbeits- und einigen eleganten Kuruspferden, hochtragenden, neumilchenden und fetten Kühen, Zucht- und Mast-Schweinen und vollständig gemästeten Hammeln, desgl. Laß-, Lade- und Fauchwagen, verschiedenen Ackergeräthschaften, Dresch- und sonstigen Wirthschaftsmaaschinen, Kutschwagen und Kutschgeschirren so wie verschiedenartigen kleineren Wirthschaftsgegenständen und Meubles, an den Meistbietenden verkauft werden. — Die Lage der Auction so wie die näheren Bestimmungen werden zur Zeit bekannt gemacht. Louis Julius Vetermann.

Das neue Schmalz, welches aus gewöhnlichem Raps- und Rübsöl (das dieselben Hauptbestandtheile und in gleicher Menge, wie die Butter enthält) flüssig und consistent hergestellt wird, ist eine völlig geruch- und geschmacklose reine Fettmasse, die bei immenser Ersparnis in allen Fällen, beim Backen und Kochen, die Butter vollständig ersetzt. Dabei werden die Speisen fetter und wohlchmeckender, die Gebäcke lockerer, schöner von Ansehen und besser von Geschmack. — Fabrikunternehmer, Bäcker, Conditoren, Köche u. erhalten auf frankirte Anfragen näheren Ausweis nebst den bezüglichen Urtheilen intelligenter und reeller Gewerbesgenossen. Die vollständige Mittheilung dieser Erfindung wird gegen ein mäßiges Honorar abgegeben vom Bureau für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in Leipzig.

Große Bremer und Elbinger Neunaugen, à Schoß 3, 4 und 5 Thlr. in 1/1 und 1/2 Schoßstäbchen, à Stück 1 1/2, 2 bis 3 Sgr.

Niesen-Neunaugen à Stück 4 und 5 Sgr., in Schocken billigt, empfiehlt J. Kramm.

Pacht-Cession.

Eine sehr schöne und vortheilhafte Pachtung in bester Lage Thüringens soll Familienverhältnisse wegen sofort cedirt werden und gehören ca. 20,000 \mathcal{R} zur Uebernahme. Näheres unter K. O. \mathcal{H} 9 poste rest. Halle.

Eine in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn gelegene Dampfschneidemühle wird unter äußerst vortheilhaften Bedingungen hinsichtlich des Preises wie der Zahlungszeiten sofort zu verkaufen gesucht. Näheres durch Ed. Stückrath in der Erp. d. Sig.

Eine Perlmutterknopf-Fabrik, aus hübsch eingerichteten Wohn- und neu erbautem Fabrikgebäude ist billig zu verkaufen. Zur Uebernahme sind 1500 \mathcal{R} Thaler erforderlich. Auskunft werden die Herren Joern & Steinert gütigst ertheilen.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich in den Stand gesetzt bin, Güter auf der Höhe und in den beiden Werdern verkaufen zu können; auch Güter in der Nähe der Herren Ehrenberg und August Mueller, früher in Alslieben a/S. Güter-Agent Peterffen in Marienburg 1/Pr.

Ein Billard in gutem Zustande mit vollständigem Zubehör steht veränderungshalber billigst zu verkaufen. Gönnern. Fr. Projell.

Ein 6jähriger Esel (Hengst) steht veränderungshalber zu verkaufen bei Wilhelm Wendt in Langenbogen.

Ich warne hiermit Jedermann, meiner Frau geborne Schumann, geschiedene Boigt, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für keine Zahlung stehe. Halle, den 28. Januar 1863. Hildebrand.



Bruchbandagen, Gummistrümpfe bei F. Hellwig, Barßfelderstraße 9.

Handwerker-Verein.

Sonntag den 1. Februar

Soirée und Ball

im Saale der „Weintraube.“

Anfang punkt 8 Uhr.

Karten sind bei den Kaufleuten Herrn Fiedler am Markt, Herrn Keil, große Ulrichsstraße, sowie im Vereinslokale zu haben.

Freunde und Gönner ladet ein der Vorstand.

Gebauer-Schwetfchle'sche Buchdruckerei in Halle.

Frischen Seedorfch Freitag früh bei J. Kramm.

Stadt-Theater in Halle.

Repertoire.

Freitag d. 30. Jan.: Zweites Gastspiel des Hrn. Bergmann vom Stadttheater zu Königsberg: Graf Eszter, Schauspiel in 5 Acten von H. Laube. Graf Eszter, Hr. Bergmann.

Osmünde.

Zum Pfannkuchenschmaus und Tanz Sonntag den 1. Februar ladet ergebenst ein W. Kraemer.

Zum Ball, Sonntag den 1. Februar, ladet freundlichst ein Kleinkugel. Oite.

Sonntag den 1. Febr. a. c. **Tanzmusst** bei Koch in Zöberitz.

Cröllwig.

Zum Sonntag ladet zur Tanzmusik ergebenst ein W. Nothe.

Restauration Hohenthurm. Zum Tanzvergügen Sonntag den 1. Febr. ladet ergebenst ein Neumann.

Hohenthurm.

Sonntag den 1. Februar ladet zum Pfannkuchenschmaus ergebenst ein W. Weber.

Concert-Anzeige.

Dienstag den 3. Februar findet Concert im Bade-Salon statt; das Orchester wird von Dessau und Merseburg bedeutend verstärkt. Zur Aufführung kommt mit: Ouverture zu der Oper „Lannhäuser“ von R. Wagner. Anfang punkt 7 Uhr. Nach dem Concert ist Ball. Pauchstädt, den 27. Januar 1863. C. Steeger, Stadtmusikus.

Den 4. Februar **Gesangverein** in Niemberg.

Der Verein der Verfassungsfreunde hält am 1. Februar seine gewöhnliche Versammlung. Merseburg, den 28. Januar 1863. Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Nichte Fräulein Helene Erdmann mit Herrn Rudolph von Trebra beehrt sich Verwandten und Bekannten anzuzeigen Bertha Sandt. Farnstedt, den 28. Januar 1863.

Telegraphische Depeschen.

Neboe, d. 23. Januar. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stellte Baron Blome den Antrag, eine Adresse an den König zu richten, in welcher die verhängnisvolle Lage des Landes geschildert und der Wunsch ausgesprochen werden soll, die Regierung möge Mittel finden, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Wien, d. 28. Jan. Die „Generalkorrespondenz für Oesterreich“ drückt gegenüber dem gestrigen „Staatsanzeiger“ die Verwunderung aus, daß Hr. v. Bismarck ansatz amtl. von tendenziösen lügenhaften Entstellungen reden zu lassen, nicht endlich klar, bestimmt erklären läßt, auf welchem Wege ihm die Aufforderung zu der Unterredung mit dem Grafen Rechberg zugekommen. Sollte dies etwa durch den Grafen Thun geschehen sein, so lag doch nichts näher, als bei dem Diplomaten, der nicht in Berlin accreditirt ist, sich nach seiner Bevollmächtigung zu solcher Eröffnung zu erkundigen.

Wien, d. 28. Jan. Nach einem Telegramm der „Presse“ aus London vom gestrigen Tage verlautet in dortigen diplomatischen Kreisen, daß Lord Palmerston den Prinzen Eduard von Sachsen-Weimar, Vetter des Großherzogs, zum Candidaten für den griechischen Thron vorschlagen werde.

Frankfurt a. M., d. 28. Januar. Eine Turiner Correspondenz der „Europe“ enthält Details fortgesetzter Unterhandlungen, welche in Athen durch den italienischen Gesandten Mamiani, in Turin durch den griechischen Geschäftsträger Roque über eine eventuelle Candidatur des Herzogs von Kosra für den griechischen Thron geführt wurden. Papolini habe die positive Antwort gegeben, wenn die Schutzmächte die Wahl genehmigten, so werde Victor Emanuel sich der Thronbesteigung des Herzogs nicht widersetzen und Sir James Hudson habe der Turiner Regierung erklärt, die Candidatur des Herzogs werde die Unterstützung Englands erhalten, aber nur wenn gewisse andere Candidaturen deutscher Prinzen gescheitert seien.

München, d. 28. Januar. Wie hier verlautet, beabsichtigt das englische Kabinet, nunmehr den Fürsten Leiningen für den griechischen Thron in Vorschlag zu bringen.

Paris, d. 28. Jan. Man versichert aus guter Quelle, daß der Fürst von Leiningen als Kandidat für den griechischen Thron in Vorschlag gebracht sei.

Paris, d. 27. Jan. Die „Presse“ glaubt zu wissen, daß die Porte an Oesterreich und England eine Note gerichtet habe, in der sie Rußland anklagt, an den Waffensendungen nach Serbien mißthätig zu sein und Serbien zum Angriff auf die türkischen Festungen zu drängen. Die „Presse“ fügt hinzu, daß Rußland im Süden Geschützparkes zusammenziehe.

Paris, d. 28. Jan. Der „Moniteur“ publizirt eine Depesche von Drouin de l'Hayn an Mercier vom 9. Jan., betreffend einen neuen Schritt zur Friedenskündigung bei dem Kabinet von Washington. Es heißt darin, die französische Regierung habe die gegen eine freundschaftliche Vermittelung erhobenen Einwendungen reiflich geprüft. Von den guten Diensten einer anderen Macht Gebrauch zu machen, sei nicht unvertäglich mit dem Stolz eines großen Volkes, am wenigsten wenn der Vorschlag nicht der Basis der künftigen Friedensverhandlungen präjudicire. Frankreich bestreite Amerika keineswegs das Recht, die Mitwirkung der Großmächte abzuweisen, aber eine solche Mitwirkung sei das einzige Mittel, die Beendigung des Krieges zu beschleunigen. Wenn das Kabinet von Washington jede Einmischung des Auslandes abweise, so könnte es wenigstens auf direkte Besprechungen mit den Behörden der Südstaaten eingehen. Die Eröffnung von Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Theilen würde nicht nothwendig eine Einseitigkeit der Feindseligkeiten mit sich bringen. Nichts würde dem Beginn von Unterhandlungen mit dem Süden entgegenstehen, wenn der letztere damit einverstanden, daß die beiderseits gewonnenen Vortheile durch Fortsetzung des Krieges weiter verfolgt würden. Die Vertreter beider Theile würden sich in einer für neutral zu erklärenden Stadt zu versammeln und sich zunächst mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nichts übrig bleibe als eine Trennung, oder ob die alten Erinnerungen mächtiger seien als die Ursachen, welche die Bevölkerungen zu den Waffen getrieben haben. Eine solche Unterhandlung würde keineswegs dem Einwande ausgeföhrt sein, welcher gegen die Einmischung Europa's erhoben worden sei. — Drouin de l'Hayn ermächtigt Mercier, Abschrift der Depesche bei dem Staatssekretär zurückzulassen.

Frankfurt a. M., d. 28. Januar. Das Journal „L'Europe“ berichtet aus authentischer Quelle, daß der Kaiser Napoleon in seiner Instruction für den General Forey als erste Bedingung für einen Frieden mit Mexiko die Abtretung der gold- und silberreichen Provinz Sonora mit Guaymas, den besten Hafen Mexiko's, hingestellt habe.

Turin, d. 27. Januar. Aus Palermo erfährt man, daß eine Bande von einigen aus Girgenti entsprungenen Galeerensträflingen, welche sich auf dem Berge Spacaccio bei Castellamare eingenistet hatte, durch Truppen aus Trapani angegriffen und zersprengt worden sei. — Aus Neapel wird das Gerücht, die Camorristen würden nächsten in Freiheit gesetzt, für falsch erklärt. Es ist eine Untersuchungs-Commission eingeleitet. Die Schuldigen kommen vor Gericht. Die Verdächtigen werden auf eine Insel, wahrscheinlich Capri, verwiesen, die Unschuldigen werden in Freiheit gesetzt.

London, d. 28. Januar. Mit dem Dampfer „Asia“ aus New-York eingetroffene Berichte vom 14. d. melden, daß einem Gerüchte nach General Banks und Kommodore Faragut aus Mississippi zurückgeworfen worden seien. Die Unionisten haben die Absicht, Wick-

burg anzugreifen, aufgegeben. Die Konföderirten sind auf dem Rückzuge von Springfield. — Berichten vom 15. d. zufolge hat der Kongress ein Gesetz zur Emission von 100 Millionen Dollars in Schatzscheinen angenommen. Im Kongresse hielt Vallandigham eine Rede zu Gunsten der Vermittelung oder eines Waffenstillstandes, einen schiedsrichterlichen Spruch jedoch verwerfend. In der gesetzgebenden Versammlung von New-Yersey ist ein Antrag eingebracht worden, der einen Waffenstillstand und eine Konvention verlangt, beabsichtigt von Unterhandlungen über eine freundschaftliche Einigung zwischen dem Norden und dem Süden. Es ist ein Gesetzentwurf über Anwerbung von 150,000 Negern im Kongresse eingebracht worden. Spaulding erklärt, daß die Regierung sofort 150 Millionen Dollars bedürfe.

Rußland und Polen.

Der Zustand in Polen scheint nicht die Bedeutung zu haben welche man ihm nach den ersten Telegrammen beilegen mußte. Zwar läßt sich durchaus nicht behaupten, daß das Land ruhig sei; fortwährend kommen noch kleine Ueberfälle vor, doch bis jetzt wurden fast überall die Aufständischen zurückgetrieben. Nirgends aber ist von einer Concentration der Insurgenten die Rede, die Grundbesitzer und der Adel scheinen sich am Aufstande wenig oder gar nicht zu betheiligen und, was besonders wichtig ist, Warschau ist völlig ruhig und die anfänglichen Berichte von einer dort stattgefundenen Bewegung sind nach offiziellen Angaben nunmehr als unrichtig zu betrachten und auf Ploß zu beziehen. Die offiziellen Berichte bestätigen die Nachrichten von Ueberfällen, die in der Nacht vom 22. zum 23. Jan. in Ploß, Jedlin, Bodszenin, Szpylowce, Lubertow, Städtzyn und andern Orten stattgefunden haben, aber sämtlich zurückgeschlagen wurden. Die Wiener Zeitungen wollen größtentheils die Sache nur als eine Rekrutenrevolte, veranlaßt durch das barbarische Verfahren bei der Aushebung, angesehen wissen, die von dem Revolutionscomité allerdings vorhergesehen und benutzt worden sei, ohne daß jedoch eine wirkliche Organisation stattgefunden hätte und die nöthigen Hilfsmittel vorhanden gewesen wären.

So bringt die „Wien. Zeitung“ einen Bericht, der einen theilweisen Einblick in Beratungen geben will, die von Seiten des Revolutions-Comité's vor Ausbruch des Aufstandes abgehalten worden seien. Es heißt darin: Kurz vor der Aushebung verdoppelten die geheimen Leiter des Aufstandes ihre Thätigkeit und suchten auch die Studierenden der Warschauer Hochschule für ihren Plan zu gewinnen. Letztere hielten demzufolge am 17. in einem Locale der Universität eine Beratung darüber, ob man sich an den Bewegungen des revolutionären Central-Comité's theilnehmend betheiligen solle oder nicht. Inzwischen sei der beinahe einstimmige Beschluß der studirenden Jugend dahin aus, nicht theilzunehmen, und es soll dabei die Erklärung abgegeben worden sein, daß dieses Comité nur das Land ins Unglück stürze. Einige tiefer Eingeweihte sollten, als bei dieser Beratung nach den Mitteln gefragt wurde, über welche das Comité verfüge, bekannt haben, dasselbe besitze allerdings weder Waffen noch Geld in nennenswerther Menge, sie seien aber einmal zu weit gegangen, um noch zurück zu können. Dieser verweifelten Ansicht scheint auch der weitere Hergang zu entsprechen. Man ließ es zunächst entfernt von Warschau zu kleineren Zusammenstößen mit dem Militär kommen, vermuthlich um die Aufmerksamkeit und die Kräfte des Militärs zu theilen.

Was jedoch die Angaben wegen der Schüler des Polytechnicums anlangt, so widerspricht diesen ein Bericht der „N.-Ztg.“, wonach alle diese Schüler und über 60 Studierende auf den Kampfplatz (?) geilt sein sollen.

Nach den neuesten Nachrichten scheint die revolutionäre Bewegung bereits im Abnehmen zu sein. So wird der „Nord. Ztg.“ geschrieben, daß nach der Ansicht zuverlässiger Polen die Erhebung in Polen gescheitert sei. Die Nachrichten aus der Provinz Polen seien fortwährend günstig. In Westpreußen wurden wegen der Möglichkeit des Uebertritts von Flüchtlingen die Garnisonen verstärkt. Von einer Mobilmachung des fünften preuß. Armeecorps sei vorläufig nicht die Rede.

Der in Krakau erscheinende „Gaz.“ bringt über die Bewegung folgende Daten: Die eine Schaar von Flüchtlingen hat sich auf der Kampinöfer Haide am linken Weichselufer gesammelt, sie dürfte 500 Mann stark sein. Gegen diese marschirt das Militär von vier Seiten an, von Warschau, Blonie, Sobocznow und Flow und treibt die Flüchtlinge gegen Zakroczym. Oberst Bremsen leitet die Expedition, und seine Absicht scheint zu sein, sie bis zu der Festung Modlin zu drängen, um sie dann von zwei Seiten anzugreifen. Die zweite Abtheilung der Flüchtlinge verließ Warschau über Praga und bat sich in der Gegend von Sierozk am rechten Weichselufer zusammenzuscharen. Gegen diese ist von Warschau und Modlin zugleich Militär ausmarschirt.

Ein Extrablatt der in Lemberg erscheinenden „Gazeta Narodowa“ bringt die angeblich verbürgte Mittheilung, daß die Widerstand leistenden Rekrutirungs-Flüchtlinge in Folge Aufforderung des Warschauer Central-Comité's auseinandergehen.

Für das Scheitern der Bewegung sprechen auch die folgenden uns zugegangenen Telegramme:

Von der polnischen Grenze, d. 28. Januar. Der Warschauer „Dziennik“ veröffentlicht einen detaillirten Bericht über Geschehniß bei Bodzentyn, Suchebnio, Bezina und Ploß, in denen die Insurgenten überall zerstreut und ihnen viele Gefangene abgenommen

wurden, jedoch nicht ohne bedeutende Verluste auch auf der anderen Seite. Warschau ist ruhig.

Wien, d. 28. Januar. Die Abendausgabe der heutigen „Wiener Zeitung“ enthält ein Telegramm aus Warschau vom 27. Abends, wonach in Plock die Rekrutierung ohne Schwierigkeit ausgeführt, die Verbindung zwischen Plock und Warschau wiederhergestellt und die Umgegend von Modlin von Insurgenten gesäubert ist.

Frankreich.

Paris, d. 25. Januar. Die kaiserliche Rede, welche den Abschluß der Beteiligung Frankreichs an der Londoner Ausstellung bilden sollte, ist ihrem Hauptinhalt nach eine neue Bestätigung des Freihandelsystems, in welchem das zweite Kaiserreich seine eigentümliche Schöpfung zu zeigen liebt. Nebenbei ahmet diese Rede auch eine entschiedene friedliebende Gesinnung, und der Hinweis auf die friedliche Invasion Englands, welche vollzogen sei, hat allgemeinen Beifall gefunden, nicht bloß bei der im Ständesaal des Louvre vereinigten Gesellschaft, sondern auch im Publikum. Weniger lebhaft ist die Zustimmung, welche die Anspielung des Kaisers auf die bereinigte Herstellung der Freiheit in Frankreich gefunden, wenn die Franzosen sich erst an den Engländern ein Beispiel genommen. Man ist dieser goldenen Theorie nun überdrüssig, mit welcher man seit drei Jahren genährt wird, und sehnt sich nach ein bißchen Praxis, sollte sie auch noch so wenig angenehm sein.

Türkei.

Die Wiener „Presse“ bringt sehr beunruhigende Nachrichten aus Serbien. Alles sei daselbst zu einem demnächst gegen die Türkei zu führenden Schlage vorbereitet, und man habe die Absicht, noch im Laufe dieses Winters und bevor die Porte Truppen an die Grenze zu beordern in der Lage wäre, den Timok zu überschreiten, den drei Stunden von Mitidin gelegenen Ort Kule zu nehmen, um durch diese erste Waffenthat den Aufstand in Bulgarien, der gleichzeitig ausbrechen würde, zu unterstützen. In Negotin sollten zwölf Kanonen zur Deckung des Timok-Überganges aufgestellt sein, und 300 Mann serbische Miliz als Vorhut stehen. Stadt- und Landbewohner würden daselbst bewaffnet, und reisende Boten sprengten durch die Stadt nach allen Richtungen. Die Aushebung der Waffenfähigen würde an allen Orten betrieben, und aus Rußland würden 6000 Trainperde erwartet. „Wenn wir“, sagt die Redaction der „Presse“ hinzu, „die Vorbereitungen ins Auge fassen, welche laut der von uns gleichzeitig gebrachten Correspondenz aus den Donaufürstenthümern von der walachischen Regierung an den serbisch-türkischen Grenzpunkt in Gruja und in der Nähe der festen Position Kalafat getroffen worden, so können wir uns nicht des Gedankens entschlagen, daß wir es hier mit einem größeren feststehenden Plane zu thun haben, dessen Bedeutung und Richtung ganz und gar vom Standpunkte der russischen Politik zu beurtheilen sein dürfte.“ Nun, die russische Regierung dürfte jetzt genug in Polen zu thun haben.

Großbritannien und Irland.

Vor Kurzem erschienen auf Befehl Napoleons III. die ministeriellen Berichte über den gegenwärtigen Stand der französischen Flotte, an welchen Umstand die „Morningpost“ anknüpft, um einen Vergleich zwischen den Fortschritten zu ziehen, welche die beiden größten Seemächte in der Erbauung von Panzerschiffen, dieses neuen Elementes der Ueberlegenheit zur See, bis jetzt gethan haben. Das Schlusergebnis der Betrachtung ist das beruhigende Bewußtsein für England, daß die französische Kriegsmarine die englische nicht überflügelt hat, daß vielmehr die Panzerflotte Englands der französischen ebenso überlegen ist, wie ehemals die aus Holz konstruirte Flotte des ersten Landes diejenige Frankreichs hinter sich zurückließ. England besitzt gegenwärtig 21 eisengepanzerte Kriegsschiffe, entweder schon vollendete, oder noch im Bau begriffen, welche, obwohl in ihren charakteristischen Merkmalen, von denen sie den Namen führen, einander gleich, doch in Größe, Bauplan und Zweckbestimmung mannigfache Verschiedenheiten aufweisen.

Bermischtes.

— Aus Daaden (Rheinprovinz), d. 24. Januar, berichtet die „Elberf. Zig.“: Das größte Aufsehen erregt hier die Entführung eines 12jährigen Mädchens von Herdorf durch römische Priester. Dessen Eltern waren im vorigen Jahre aus der katholischen Kirche zur evangelischen übergetreten. Nach vergeblich angewandter List, die Familie wieder zurückzuführen, schritt man zu solcher Gewaltthat, um der Kinder noch habhaft zu werden. Wo das entführte Kind untergebracht worden ist, ist bis jetzt noch unbekannt. Man hat nach höchst betrieblenden Vorgängen in hiesigem Kreise nicht das Vertrauen, daß energische Schritte zur Auffindung des Kindes gethan werden.

— Aus Wien schreibt man: Ein schauererregender Meuchelmord hat am heiligen Dreikönigstage in dem kaum eine Viertelsunde von Wolfersdorf entfernten Orte Oberdorf stattgefunden, und zwar unter nachfolgenden Umständen: Zwei Söhne des dortigen allgemein geachteten Bürgermeisters D. und zwei Söhne des Hausbesizers F. verabredeten sich, in Folge eines entstandenen Hasses, einen gewissen Kienast, welcher in dem Orte als Käufer und Creditant bekannt und der Sohn eines der wohlhabendsten Bauern war, zu erschlagen. Dieser Kienast hatte sich nun am Dreikönigstage mit einem gewissen Friedlmaier in einem außerhalb des Ortes gelegenen und zur Wirthschaft des Kienast gehörigen Weinkeller begeben. Während dieselben tranken, vereinten sich die beiden Söhne des Bürgermeisters mit den Söhnen des F. und gingen ebenfalls nach dem Keller, um die ersten auszuführen. Einer der Bürgermeistersöhne nahm eine Violine mit sich, um Friedlmaier, von dem er Violinpielen gelernt hatte, in Bezug hierauf eine Frage

zu thun, eigentlich aber in der Absicht, um die Ursache des Erscheins zu verbergen. Nachdem sie sich von der Anwesenheit des Kienast und Friedlmaier im Keller überzeugt und deiläufig erfahren hatten, wann diese in die Dirschast zurückkehren würden, begaben sie sich selbst wieder unter Anschluß von andern Bürschen in das Gemeinewirthshaus. Dort zehnten sie und endlich gingen die Söhne des Bürgermeisters und die zwei Söhne des F. aus dem Wirthshause zu einem gegenüber gelegenen Durchhause, dessen Thorweg Kienast und Friedlmaier bei ihrer Rückkehr passiren mußten und lauerten in der Dunkelheit, mit einem Messer, Haden und Pflugrad versehen, auf die Ankunft ihrer Opfer. Die Erwarteten kamen bald und Kienast, der zuerst aus dem Durchhause trat, erhielt mit dem Pflugrad einen derartigen Schlag auf den Kopf, daß er mit zerschmetterter Hirnhöhle zu Boden stürzte. Die vier Mordgenossen fielen noch über ihn her und verletzten ihm mehrere Messerstiche, bis er den Geist aufgegeben hatte. Nun ließen sie den Ermordeten liegen und eilten dem inzwischen flüchtig gewordenen Friedlmaier nach, wobei sie laut ausriefen: „Ist Einer hin, soll der Andere auch hin sein!“ Friedlmaier eilte in sein Haus und versteckte sich im Gänsestalle, wo ihn die vier Bürschen glücklicher Weise nicht fanden, obwohl sie alle Winkel und Ecken des Hauses unter fortgesetzten Mordandrohungen und unter stetem, sehr unvorsichtigem Gebrauche von Zündhölzchen, selbst an den feuergefährlichen Orten durchsuchten. Die Bürschen begaben sich dann unter wildem Lärmen zu ihren Angehörigen. Ueber die noch in derselben Nacht erfolgte Anzeige an den Gendarmereiposten zu Wolfersdorf wurden die Thäter noch des Nachts aus ihren Betten geholt und an das Untersuchungsgericht in Groß-Engersdorf abgeliefert.

— (Deutsche Tapferkeit.) Unter den am 13. December bei Fredericksburg auf die Schlachtbank geführten Truppen zeichnete sich das 7. New-Yorker Freiwilligen- (sogenanntes Steuben-) Regiment, das ausschließlich aus Deutschen besteht, ganz besonders durch seine kaltblütige Tapferkeit und leider auch durch seine Verluste aus. Es hatte den ersten Angriff auf das feindliche Centrum zu machen und vier volle Stunden einem mörderischen Feuer Stand zu halten. Von 510 Mann, die am Morgen ausrückten, antworteten nach dem Rückzuge noch 125. Der Oberst v. Schack und Oberst-Lieutenant Gobel, beide frühere preussische Offiziere, sind nur leicht verwundet; von allen zehn Compagniechefs ist nur einer, v. Brausen, ebenfalls früher preussischer Lieutenant, unverletzt davon gekommen; die übrigen sind entweder schwer verwundet oder getödtet. In die erste Kategorie gehören Capitän Hibant, Befer v. Buggenhausen (früher preussischer Garde-Lieutenant), v. Heringen und Nojebach; gefallen dagegen sind Capitän v. Faber, Premier-Lieutenant v. Döring, früher Justiz in Sachsen, Capitän Böttcher und Fritz Jacobi. Der Letztere ist gebürtig aus Königsberg und war bis 1848 Referendar in Münster. Er wurde während der ersten fünf Minuten des Kampfes an der Spitze seiner Compagnie von einer Kanonenkugel getödtet. Außer ihnen fielen noch die Lieutenants Elevoigt (Sohn eines preussischen Obersten) und v. Apf. Von den 36 Offizieren des Regiments sind nur 3 gar nicht und 3 unbedeutend verwundet. Capitän v. Brausen commandirt jetzt die Ueberreste des Regiments, und die zehn decimirten Compagnien sind je zwei unter die übrig gebliebenen fünf Lieutenants vertheilt. Oberst v. Schack wurde auf dem Schlachtfelde zum General ernannt und wird bei der Bewunderung, welche seine und seines Regiments Tapferkeit in allen Kreisen erregt, unbedingt bestätigt werden. Selbst der Regiments-Caplan Becker (der rothe August aus Sieben, burschenschaftlichen Angedenkens) stand mitten im Feuer, trug die Verwundeten zurück und pflegte sie, so gut er konnte; auch er ist ohne andern Schaden, als einen Prellschuß, davongekommen.

— Am Weihnachteabend starb in Philadelphia Dr. Georg Friedrich Seidensticker in seinem 66. Lebensjahre nach kurzer Krankheit. Er war 1797 in Göttingen geboren. Im Jahre 1831, in den Wirren wegen der hannoverschen Verfassung, nahm Seidensticker eine hervorragende Stellung in der Volkspartei ein und beteiligte sich energisch bei dem Ausbruche der Unruhen in Göttingen. Die Bürgergarde wurde neu organisiert, Dr. Seidensticker wählte man zum Commandanten. Bald aber wurde die Stadt wieder von den königlichen Truppen in Besitz genommen. Der Bürgergarde-Commandant entfloß, wurde auf der Flucht gefangen genommen und nach Celle ins Criminalgefängnis geführt. Mit damals unerhörter Partheilichkeit und Grausamkeit wurde er im Gefängnis behandelt und der Prozeß gegen ihn geführt. Dieser dauerte bis zum Jahre 1836 und endete mit Verurtheilung zu lebenslänglichem Gefängnis. Ebenso wurde 1833 in der zweiten und 1840 in der dritten Instanz entschieden. Die edelsten Männer Deutschlands nahmen damals den innigsten Antheil an dem patriotischen Duder. Endlich, nach 15jähriger Gefangenschaft, nachdem der öffentlichen Meinung kaum mehr zu widersprechen war, übte die hannoversche Regierung in ihrer Weise Gnade, d. h. Seidensticker wurde 1845 begnadigt unter der Bedingung, daß er sofort, ohne auch nur seine so lange von ihm getrennte Familie wieder zu sehen, sich nach Amerika einschiffen sollte. In Amerika wurde der Breitere von seinen Landsleuten überall aufs herzlichste empfangen und wetteifernd bot man alles auf, dem Märtyrer für deutsche Volksfreiheit seine Verdienste vergessen zu machen. Im Sommer 1846 kam Seidensticker nach Philadelphia und kurz darauf nahm er die Stelle des Redacteurs am Philadelphia Democrat an. Nach etwa einem Jahre unternahm er selbst die Herausgabe eines Wochenblatts, „Der Bürgerfreund“; später betrieb er kaufmännische Geschäfte und erhielt in den letzten Jahren eine Anstellung von der Regierung der Vereinigten Staaten. 1856 nahm er an der Bildung der republikanischen Nationalpartei den lebhaftesten Antheil. Einer seiner Söhne ist Lehrer in Philadelphia, ein anderer Redacteur einer Zeitung im Staate Indiana.

Gebauer-Schwesfke'sche Buchdruckerei in Halle.

Deutschland.

Wir theilen nachstehend die weiteren Debatten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Januar nach ausführlicheren Berichten mit. Der Schluß der Rede des Abgeordneten Birchow (siehe Hauptblatt) lautete:

Mit großem Erstaunen habe ich die Gründe vernommen, welche der Herr Finanzminister entwickelt hat. Bis jetzt hatte man im Lande sich vorgestellt, daß die nachträgliche Genehmigung der Ausgaben auf Grund des Art. 104 der Verfassung erfolgen müsse, und nun hat der Minister zu meiner großen Verwunderung uns mitgeteilt, daß dies nicht der Fall sei; auf Art. 104 stütze er sich nicht. Ich habe mich bemüht, irgend einen Artikel der Verfassung zu entdecken, auf den er sich stützt, aber ich habe keinen einzigen Artikel gefunden, auf den dieser Fall paßt. Will man auf die Verrechnungskammer zurückgehen? Diese hat ihre Instruktionen, welche die gesetzliche Basis unserer Finanzkontrolle bilden. Diese Instruktionen sind aber gegründet auf die Voraussetzung, daß ein Etat existirt. Die Oberrrechnungskammer kann gar keine Prüfung vornehmen, so lange der Etat nicht vorhanden ist. Der Herr Ministerpräsident meint, daß man auf die alte Ordnung zurückgehen müsse, die alte Ordnung schreibt aber ebenfalls einen Staatshaushalts-Etat vor. Der Ministerpräsident denkt vielleicht weiter zurück an die alten händischen Traditionen, an jene Zeit, wo bei jeder Gelegenheit der Landesherr an die Mithilthätigkeit der kleinen Herren appelliren mußte, und wo bei solchen Staatsaktionen die kleinen Herren nicht zu Hause waren. (Heiterkeit.) So viel aber muß ich konstatiren, daß das was sein Ministerium gethan hat, weder dem einen, noch dem andern Recht entspricht, sondern daß es die reinste Willkür ist. (Hört! Hört!) Der Herr Finanzminister trägt einen Namen, der in der Geschichte unseres Staates kein neuer ist. Ich habe mir ein paar Worte notirt, welche in früheren Zeiten gebräuchlich sind, um daran zu erinnern, wie man in jener Kamille über die vorliegende Frage denkt. Als die Grundlagen der Verfassung festgestellt werden sollten, als die Revisionskammern zusammen kamen, da saß in der zweiten Kammer der damalige Abgeordnete für Saagen, von Bodelschwingh. Er brachte damals einen Antrag ein, daß der alte Etat noch 4 Monate über die neue Revision hinaus in Kraft bleibe. Bei dieser Gelegenheit sagte er etwa: Welche Bedeutung man auch dem Etat geben möge, so wird man ihn im Minimum als die Regel und Form betrachten müssen, unter welchen allein die Staatsverwaltung die Finanzen des Staats verwalten darf; ohne diese Regel ist jede Verfassung des Ministeriums ungeschicklich. (Hört! Hört!) Nun, m. H., der gegenwärtige Herr v. Bodelschwingh ist der erste Finanzminister seit der Gründung des gesamtdeutschen Staates, der einen Etat vorlegt, welcher mit diesen Worten erklärt, daß der zukünftige gesetzlich festgestellte Etat der für das Jahr 1861 gewesen sei. (Es handelt sich also hier in der That um eine ungeschickliche Position. Der Kriegsminister tritt wieder ein.) Erlauben Sie mir nun noch einige Specialitäten auszuwählen. Ich erlaube mir Ihnen in Kürze eine sogenannte Kollations-Deputation vorzuführen, und zwar diejenige, welcher der Herr Kriegsminister die bekannte Antwort ertheilt hat, und zu der er sagt hat, die konservative Partei sei faul und feige. (Heiterkeit.) Leider ist von dieser Partei augenblicklich Niemand im Hause anwesend. (Heiterkeit, die Mitglieder der feindlichen Fraktion hatten den Saal verlassen.) Jene Deputation kam aus dem Wahlkreise Grünberg-Freistadt. Vor ihrer Abreise wurde die Adresse zurecht gemacht und angefündigt, daß sie zu der Interaktion ausläse. In der Adresse findet sich folgender Passus: (Es erfüllt uns mit tiefem Schmerz und Leid, die Majorität des Abgeordnetenhauses noch von Männern vertreten zu sehen, die Eurer Majestät überall entgegenzutreten, Alles unterstehen, was zur Vernichtung alles Heiligen führt (Heiterkeit), die Heiligkeit der Eide, den Bestand des Honwerts u. s. w. ihren Ideen zum Opfer bringen. Noch größer wurde unsere Enttäuschung, als wir sahen, bis zu welcher Höhe die Wogen des Unfalls stiegen, der Frevel sich erhob. (Hört! Heiterkeit.) Die Meisten von uns haben es unter ihrer Würde erachtet, gegen jene Abreise etwas zu thun. Indessen gegen diese Maßlosigkeit ist der betreffende Abgeordnete bei Gerichte eingeschritten. Der Redner erwidert nun, wie schon bekannt, daß ein Untergericht nach dem andern seine Unterwürigkeit in Abrede gestellt, bis endlich Einer sich dazu bekennt. Diese Deputation ist nun nicht nur vom König, sondern auch von zwei Ministern empfangen worden. Ueber diesen Empfang hat ein Mitglied öffentlich berichtet. Danach hat der Ministerpräsident hervorgerufen, daß man in England Beamte, denen alle Conduite fehle, absetze, und wenn die Regierung dies nicht thue, sie auslade. Der Kriegsminister hat über die weitere Entwicklung der konservativen Partei in der oben bezeichneten Weise gesprochen. In dieser Weise ist vorgegangen worden, während doch die Minister sich hätten vorher überzeugen sollen, was diese Deputationen wollen, auf welche Weise sie zu Stande gekommen u. s. w. Was die Presse betrifft, so haben die Abgeordneten für Seldern und für Beckum das für Sache der Gerichte erklärt. Aber man hat ja gegen den Art. 27 der Verfassung vollständige Anordnungen getroffen, womit man die Verfassung verletzt hat. Nun schreiten ja die Staatsanwälte nicht aus innerem Triebe ein, sondern auf Grund erfassener Ministerialinstruktionen. Wünsch ein Theil dieses Hauses diese Dinge durch Einsetzung einer Commission weiter festzustellen, so find wir gerne dazu bereit. Der Redner geht dann auf den Vorwurf ein, es seien unausführbare Beschlüsse gefaßt worden und weist wieder zurück mit Bezugnahme auf den Bericht der Budgetcommission. Wir haben, sagt er, die Wege der Verbesserung gezeigt, die Regierung hat keinen beizutreten. Sie will uns jetzt zum Vorwurf machen, daß wir nicht auf eine Verfassung eingegangen sind.

Zum Schluß will ich dem Abgeordneten für Anklam auf die Frage antworten wie das Volk unsere Adresse aufnehmen wird. Wir erscheinen hier als Mandatäre des Volks und haben unsere Pflicht zu thun. Wir können uns nicht zu der staatsmännischen Ansicht erheben, die so lange hier geäußert worden ist. Diese Kunst hat sich als fruchtlos erwiesen. Mit dem Geschehenlassen und Schweigen kommt man jedes Jahr weiter abwärts. Wenn wir es auch so machen, würde es gar nichts nützen. Die Herren Minister führen in Bezug auf innere Politik das Regier des Ministers aus: sie beschäftigen uns mit nichtigen Dingen. Auf diesen Weg gehen wir nicht ein. Wir sollen hier offen sprechen, denn Könige sagen, was im Volk lebt. Weiter haben wir keine Verantwortung. Wir haben unsere Pflicht gethan; es ist an dem Volk, die seine zu thun (Bravo).

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat sich die Angriffe dadurch erleichtert, daß er mir eine Anzahl Dinge in den Mund gelegt hat, welche ich nicht gesagt habe, und dann eine Anzahl unrichtiger Folgerungen daraus gezogen hat. Ich habe kein Bedürfnis auf eine Wiederlegung einzugehen; ich glaube mich gestern deutlich genug ausgesprochen zu haben. (Nur: Ja wohl.) (Ebenso bemerke ich, daß auf Ausstellungen, die nur den Zweck haben, mich persönlich zu beleidigen — der Vorredner hat sich erlaubt, über mein Verhältniß abzusprechen —, daß auf solche Tonart einzugehen mir die Stellung, die ich einnehme, sowie meine gesellschaftliche Verantwortlichkeit nicht erlaubt. Der Vorredner hat aber auf die Lokalitäts-Deputationen hingewiesen. Das Ginzige, was in seiner Rede richtig ist, sind die Worte, welche ich an die Deputation aus Grünberg gerichtet habe. Diese Worte sind richtig wiederzugeben, und ich halte sie aufrecht. Man hat einen großen Eifer gegen die Lokalitäts-Deputationen ausgeboten. Wollen Sie denn den treuen Unterthanen Sr. Majestät des Königs das Recht beistimmen, ihre Meinung auszusprechen? Hat Sr. Majestät nicht das Recht, diese Unterthanen zu empfangen? Haben Sie ein Recht dies zu verhindern? Können Sie nicht eben so gut Deputationen an Se. Maj. den König senden? Sie sagen, daß sie durch die Adresse beleidigt sind; ich habe viele von den Adressen gelesen, habe aber keine Beleidigung darin gefunden, wenn sie auch eine scharfe Kritik enthalten. Aber das muß ich Ihnen sagen, ich bin überzeugt von der Empfindlichkeit des Hauses, sobald es selbst Object der Kritik wird, während Sie selbst Ihre Angriffe gegen uns richten, denn die meisten geübten Rede liegt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Das Ginzige, was mir aufgefallen ist, ist in der Adresse des pommerischen Provinzial-Landtages enthalten, welche das Verhalten

des Hauses als ein unpreussisches charakterisirt. Ich eigne mir dieses Urtheil nicht an, aber es hat eine Berechtigung nach dem, was uns entgegengehalten worden ist. Wenn das Wort „Preußen“ gewissermaßen als ein halbes Schimpfwort mit entgegengehalten wird, wenn gesagt wird, ich verkenne die preussische Sprache nicht, — (Widerpruch! Dh! Dh!). Ich bin froh darauf, eine preussische Sprache mit Ihnen zu reden und Sie werden sie noch oft hören.

Kriegsminister v. Moyn: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn nicht der Vorredner mich genannt und zu einer Berichtigung veranlaßt hätte. Wenn die andern von ihm behaupteten Thatsachen nicht korrekter sind, als die eine mich betreffende, so bedauere ich, daß sie nicht sehr glaubwürdig erscheinen. Ich hoffe, daß ich glaubwürdig über die Worte Zeugnis ablegen kann, die ich selbst gesprochen, wenn ich auch sonst bei Ihnen auf Glaubwürdigkeit nicht zählen darf. (Dob!) Meine Serren! Ich habe Proben. Das Parteiwesen ist eine neue Erfindung in Preußen seit 1848, die, glaube ich, nicht zum Heile des Landes gereicht. Es giebt aber noch sehr viele achtbare Personen, die noch nicht Partei ergriffen haben. Es ist das, wenn man sie bezeichnen soll, die Partei der Ordnung, die die Ruhe liebt und ihren Geschaften ordnungsmäßig nachgehen möchte. Dieser Theil des Volkes ist immer gerecht der Regierung die Leitung zu überlassen. Dieser Theil des Volkes legt allerdings nicht die achtungswerthe Mithilthätigkeit der Parteien, die sich bei den letzten Wahlen theilnahmen. Dieser, glaube ich, ist die Majorität des Volkes. Wenn die sich lebhafter betheiligen an den Kämpfen der Gegenwart, wozu sie anzuempfehlen eine Pflicht der Regierung ist, würde das Resultat der Wahlen ein anderes sein. Es existirt ein Wahlrecht, aber keine Wahlpflicht. Wenn Sie sich auf die Majorität berufen, die Sie gewählt, so kann ich sagen, daß 27 pSt. der berechtigten Wähler keine Majorität sind. Sie sind gesetzlich gewählt und sind für den Augenblick allerdings die gesetzlichen Vertreter des Landes. Ich habe der konservativen Partei nicht den Vorwurf gemacht, daß sie faul und feige sei. Derjenige Theil derselben, welcher sich bis jetzt organisiert hat, ist Gott sei Dank nicht faul und feige.

Justizminister Graf zur Lippe (mit Zeichen fröhlichen Staunens empfangen): Man hat vernimmt, daß ich nicht das Wort genommen; es scheint, als ob das gleichbedeutend sei mit der Frage, ob eine Solidarität des Ministeriums existirt? Ich schreibe mich den von dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister dargelegten Rechtsansichtungen an; ich erkläre, daß ich mich mit jenen in vollständiger Solidarität befinde und glaube nicht, daß ich noch nöthig habe, besondere Deductionen zu geben. Ich bin aber vom Vorredner (Birchow) noch persönlich angegriffen worden. Er hat behauptet, daß ich die der Adresse zur Grundlage dienenden Thatsachen, welche eine Verfassungsverletzung constatiren sollen, nicht wiederlegt habe. Nun ist es aber in der Jurisprudenz ein unbestrittener Grundfaß, daß nicht die Negative zu beweisen ist, sondern positive Behauptungen. Es ist also nicht meine Sache, einen Beweis zu führen. Der Beweis des Positiven ist freilich gegen mich versucht worden. Der Vorredner hat von Maßregelung der Presse gesprochen ohne genau zu sagen, was er darunter versteht. Ich glaube, er meinte die Verfügung wegen der Anwendung der Inzerate an die amtlichen Blätter. Damit sollte aber nichts Anderes bezweckt werden, als die Befreiung eines alten Streitess (Heiterkeit) und eine Maßregel von praktischer Bedeutung, durch welche die Inzerate concentrirt werden; letzteres ist schon durch das neue Handelsgesetzbuch geboten. Sollte der Vorredner die Verletzung der Presse durch die Staatsanwaltschaften nach bestimmten Anweisungen im Auge gehabt haben, so ist zwar eine Menge von gerichtlichen Verolungen notwendig gewesen, die ich tiefer beklage als Beweis dafür, daß das Gesetz für die Inzeration einer bestimmten Grenze nicht lebendig genug sei, aber ich bitte zu beachten, daß es nicht bloß einen Artikel 27 der Verfassung giebt, sondern auch einen Artikel 28. Wenn dem Gesetze Geltung verschafft wird, und ich meinen Theil daran habe, so kann mir das nicht zum Vorwurf dienen; ich habe meine Pflicht gethan und werde sie, so lange ich im Amte bin, auch ferner thun.

Abg. Frhr. v. Binck: Im vorigen Jahre sagte der Abgeordnete für Berlin, wir befänden uns in einem Zustande der allergewöhnlichsten Art. Heute ist der Zustand noch viel ungewöhnlicher. Wir befinden uns heute in einem Konflikt über die Fundamentalbestimmungen unserer Verfassung. Ich kann die Solidarität des Ministeriums nicht für vollständig und absolut halten. Selbst der Ministerpräsident hat in der Commission anerkannt, daß der Zustand nicht verfassungsmäßig sei. Seine gestrige Rede steht damit in Widerspruch. Seine Theorie ist durch die Rede des Abgeordneten für Seldern auch vollständig widerlegt. Ich unterschreibe diese Rede fast Wort für Wort und wiederhole aus der Rechtsdeduction nur den entscheidenden Satz, daß das Staatsgesetz sich dadurch von allen andern Gesetzen unterscheidet, daß es eben nur auf ein Jahr angenommen wird. Es kann nicht davon die Rede sein, daß das Haus einseitig das Budget feststellen will. Wenn aber ein Factor fehlt, ist das Gesetz nicht zu Stande gekommen. Wenn der Ministerpräsident fragt, wie nahegehen soll, so ist einfach zu sagen: Derjenige, der mehr fordert. Selbst nach dem, was der Ministerpräsident ausgeführt, kann auch nur das im Ordinarium Bemittelte gelten. Der Ministerpräsident hat sich auf das Herrenhaus berufen. Die Bemerkung des Guts durch das Herrenhaus ist durch die Worte des ergrauten Staatsmannes, welche der Abgeordnete für Berlin erwähnt hat, genügend charakterisirt. Solchen Schritten mußte die Regierung entgegenzutreten (hört!). Die Regierung hat jenen Beschluß nicht nur veranlaßt, auch 2 Mitglieder der Regierung haben für die Vermehrung gestimmt (hört!). Kein Collegium der Welt kann sich auf einen Beschluß berufen, an dem es theilhaftig ist. Außerdem war ja der Etat um Mitte October verworren. Das Haus hätte geschlossen und nach 14 Tagen wieder berufen werden müssen. Wenn der Abgeordnete v. Bethusy also für das Ministerium nur Fehlschick oder Thorheit als Auskunftsmitel erkläre, so zeige ich ihm hiermit einen dritten Weg. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, die Minister handeln auf Befehl des Königs. Ich will hier nichts weiter über die Ministerverantwortlichkeit vorbringen, ich beruhe mich auch nicht auf die darnachstehende Gesetzgebung. Ich beruhe mich nur auf den Art. 44 unserer Verfassung. (Der Redner verliest den betreffenden Artikel.) Für Jeden, der lesen kann, ist damit der Standpunkt bezeichnet. (Hört, hört!) Die richtige Beziehung dessen, was der Ministerpräsident gesagt hat, hat der Abgeordnete für Anklam gegeben. Die Folgen hat der Abgeordnete für Berlin richtig bezeichnet. Mit der Fortsetzung solchen Verfahrens muß die Achtung aller Bewohner vor der Regierung (Schwinden, Bravo!) Auf den Standpunkt des Abgeordneten für Berlin, welcher ausübte, jede Niederlage folge die Erhebung, kann ich mich nicht stellen. Ich kann als Patriot für mein Vaterland nach Außen hin nie daran denken, die Niederlage überhaupt anzugehen. Der Abgeordnete Janisewsky hat gesagt, daß durch die Behandlung des Großherzogthums Polen belohnet zu der Zeit, wo der jetzige Herr Abgeordnete für Anklam Minister des Innern war, die Theorie: „Recht geht vor Macht“ verlegt worden wäre. Dagegen bemerke ich: 1) Sie wollen Rechte deduciren aus den internationalen Verträgen. Jeder kann aber nur aus solchen Verträgen, die er selbst geschlossen, Rechte folgern. 2) In Bezug auf Krieg und Frieden gilt der Grundfaß: „Recht geht vor Macht“ nicht. Ich erinnere an Ihre eigene Geschichte. Nun ein Punkt, bei dem es zweifelhaft erscheint, ob er zur Innern oder zur auswärtigen Politik gehört. Nach der Verfassung bedarf die Regierung zu Anleihen der Genehmigung dieses und des andern Hauses. Wenn die Regierung fort und fort sich zu verfassungswidrigen Theorien bekennt, wie soll es da mit einer Anleihe werden? Jetzt aber lassen Sie mich die Rechsseite der Sache ins Auge fassen. Der Abg. Redenpfeffer hat darauf hingewiesen, daß das Charakteristische der Repräsentativverfassung Compromiss sind. Auch ich betrachte mich als Mandatar der Rechte des Landes. Wir handeln in dem Bewußtsein, daß es sich hier nicht um Personen, sondern um Recht und Wohl des Landes handelt. Wir leben in einem monarchischen Staate. Es giebt keinen Staat, für den die monarchische Staatsform so notwendig ist, wie für Preußen. Wir gerade müssen uns vor allem Antimonarchismen hüten, wir besonders sind durch unsere Könige groß geworden. Wir sind ferner noch ein sehr junger Verfassungsaufbau, unser constitutionelles Leben ist noch neu. Die Theorie von der Stellung

der Krone über den Parteien ist bei uns noch nicht so in die Praxis übergegangen, als auch ich es wünsche, ist noch nicht so weit wirkliche Thatsache, als z. B. in England. Es gehört bei uns zu den historischen staatspraktischen Traditionen, daß die Könige persönlich eingreifen in die Verwaltung, wie dies in vorzüglichem Maße von Friedrich dem Großen geschehen ist. Eine Adresse müßte aber doch nicht auf eine noch nicht wirklich gewordene Theorie sich stützen, sondern sie muß die realen Verhältnisse berücksichtigen, wenn man überhaupt — was von vernünftigen Menschen doch zu erwarten — einen Erfolg erreichen will! Es scheint mir nun in Beziehung die Ehrfurcht gegen Se. Majestät zu verlegen, sich in Concerationen zu mischen, welche zwischen Alerhöchlichkeiten und gewissen Bewohnern des Landes stattgefunden haben. Die Beachtung dieser Ehrfurcht ist freilich eine Gefühlsache und nicht mit Beweisen darzuthun. Ich habe aber in dieser Hinsicht zwei Bemerkungen zu machen gegen die conservative Partei und gegen das Ministerium. Wie kann eine Partei auf den Namen der conservativen Anspuch machen, welche nur conservirt ihre eigenen Privatsinteressen, ihre verfassungswidrigen Privilegien, und wenn sie nicht das öffentliche Recht des Landes vor Allen conservirt? Wie kann sie sich Aristokratie nennen wollen, wenn sie — abgesehen von der Majestät: noblesse oblige — nicht in erster Reihe der Kämpfer für die Verfassung steht? (Beifall.) Sie sollte die Verfassung bewahren wie ein unveräußerliches Aelcommiss gleich dem Grund und Boden, worauf sie wohnt. Das Ministerium aber hätte die Krone schützen sollen vor den Belästigungen der Lokalitäts-Deputationen, zumal zu ihm ein früherer Staats-Anwalt gehört, der am Besten vorbereitet sein müßte, die Thatsachen zu constatiren, welche den Paragrafen des Strafgesetzbuchs hohn sprechen. (Bravo! Beifall.) Im Uebrigen stimme ich dem Abgeordneten für Berlin bei, daß es unter der Würde des Hauses wäre, eine Besetzung deshalb einzutreten zu lassen; aber aus denselben Gründe dürfte man über auch in der Adresse nicht erwägen. Auch hätte es vermieden werden müssen, durch die Form Se. Majestät würdiger Weise zu verlegen. Je fester man sich in seiner Rechtsposition fühlt, desto milder und mäßiger kann man sich abstrudeln. Der Redner verlangt Nachweis der Stellen, welche in dieser Hinsicht zu tadeln wären. Dazu gehört der Ausdruck: „Das Land ist mit Sorgen den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwicklung in Frage gestellt.“ Dann scheint mir ungebührlich: die enge Verbindung des Namens Se. Majestät mit der in Nr. V. bezeichneten Minderheit der Nation. Am meisten aber ist der Inhalt der Nr. VIII. anstößig; die Verfassung ist durch die Minister schon sehr verletzt“, noch dazu gebietet gedrückt, wenn Sie sich das verzeihen wollten, was ich vorhin über die nicht wegzuleugnenden Traditionen des preussischen Königtums bemerkt habe.

Der Redner stellt nunmehr dieselbe die Adresse der Commission seiner eigenen gegenüber. Jene soll, wie es in der Commission auch gesagt worden, eine „Anlage-Akte“ sein, ein Surrogat für eine Minister-Anfrage in Ermangelung eines Ministersverantwortlichkeitsgesetzes; die Majorität müge aber bedenken, daß sie im vorigen Jahre einen Beschluß gefaßt, der zur Hälfte nicht ausführbar, weil die Ministerien bereits zur Hälfte verabsagt, zur Hälfte nicht ernstlich gemeint war. Daß die Minister dieser Weise gehandelt haben, wie doch vorausgesetzt werden müßte, könne er nicht annehmen. Ueberhaupt aber halte er eine Anlage-Akte in Form einer Adresse ebenfalls für eine Verletzung der Ehrfurcht. Die Majorität beachte den Fehler, daß sie ansetze, ohne, wie es politischen Männern ziemt, zu zeigen, wie aus dem Conflict herauszukommen sei. Nach einigen weiteren Ausführungen kommt der Redner auf Punkt 6 des Adressentwurfes, die Maßregelung der Beamten. Man habe seitens der Gegner auf die Praxis des letzten liberalen Ministeriums hingewiesen, sich dabei aber eine arge Verwechslung zu Schulden kommen lassen. Wir haben unter dem Ministerium Montauffel stets gegen die Anomalie gestritten, daß man Beamte wegen ihrer Thätigkeit als Abgeordnete maßregelt. Wir haben das bewiesen, als der Abg. von Bodum-Dolffs unter dem Ministerium Montauffel gemapregelt wurde, als die Herren v. Hilgers und Dellus ein gleiches Schicksal hatten. Auf der andern Seite hat das Ministerium, das aus unseren Reihen entnommen war, den Grundsatz festgehalten, daß die Verwaltungsbeamten, die als Beamte, nicht als Abgeordnete der Regierung feindselig gegenüberstehen, zur Disposition zu stellen, und ich mache es der jetzigen Regierung nicht zum Vorwurf, wenn sie einen Oberpräsidenten, weil er ihr zu liberal ist, und einen gefährlichen Posten an der Spitze einer wichtigen Provinz inne hat, entfernt. Wohl aber mache ich ihr daraus einen Vorwurf, daß sie einen Beamten, wie den Abg. v. Bodum-Dolffs, zu ärgern sucht und nur das Gegentheil erreicht, daß sie ihm eine Bürgerkrone aufsetzt, die wie jener selbst zugeben werde, weit über sein parlamentarisches Verdienst hinausgeht; daß sie ihn an einen Ort versetzt, wo er sich ihm kaum hätte besser ausdenken können, nach Gumbinnen, der Hauptstadt von Jung-Pommern. (Schallendes Gelächter.) Man habe ferner gestern den Erlaß des Justizministers an die Präsidenten herangezogen, aber des weit anstößigeren nicht gedacht, des an die Staatsanwälte gerichteten (Hört! Hört!), welcher diese Beamten, alle die öffentlichen Verfolger, zu Aufsichtern der richterlichen Beamten einsetzt. Es entspricht nicht nur der Courtoisie, sondern dem parlamentarischen Herkommen aller Länder, sie in einer Adresse zu beanworten. Dann aber hat man auch die herkömmliche Form der Antwort zu beachten. Wir haben uns nicht auszuweichen über die wichtigsten Fragen des Staatslebens, sondern wir haben darüber zu reden. Das erfordert die Würde des preussischen Staates. Unsere Adresse enthält keineswegs bloß banale Abstraktionen. Zum politischen Worte gehört es auch, sich der öffentlichen Meinung entgegenzusetzen zu können, nicht bloß sich auf den breiten, aber nicht immer tiefen Wellen der Zeit zu schaukeln. Unsere Adresse ist keine Paraphrase der Thronrede (wie der Redner gegen Waldack im Einzelnen darthut). Das Wort Hoffnung bei der Willkürfrage bedeutet nicht Sicherheit des Erfolges. Durch die Rede des Ministerpräsidenten, sowohl den Kon als den Inhalt, bin ich in nicht angenehmer Weise überrascht worden; ich glaube, er hat dadurch nichts Gutes gestiftet, weder im Hause, noch im Lande. Ich hätte gehofft, daß der Herr Ministerpräsident im Laufe seines vielbewegten Lebens Manches gelernt und Manches vergessen habe, vergessen seine früheren Theorien. Ich habe mich darin getäuscht, gebe aber die Hoffnung noch nicht auf. — Mit der Ansicht meines Freundes, des Abgeordneten für Anklam, gar keine Adresse zu erlassen, kann ich mich nicht einverstanden erklären, der Adresse der Majorität mich nicht anschließen. Wenn sie Günstige der Parteien wolle, so stimme ich für unseren Entwurf, der in nicht verletzender Form den Hauptpunkt enthält, auf den es ankommt, und den Sie, ohne sich etwas zu vergeben, unterschreiben können. Wir können Ihrem Entwurf nicht beitreten, der Stellen enthält, die wir für verlegend halten, und die Se. Majestät vielleicht auch für verlegend halten könnte. — Nicht das Urtheil des Auslandes, sondern nur das Urtheil unserer Nation kann maßgebend für uns sein. Einen Erfolg aber werden Sie mit Ihrer Adresse sicherlich nicht erreichen. Der nächste Erfolg wird gerade die Conferirung dieses Ministeriums sein. Wir haben wenigstens das Bewußtsein, unsere Pflicht mit Mäßigkeit erfüllt zu haben. Noch im letzten Augenblicke fordere ich Sie auf: stimmen Sie mit uns, aber wie Sie auch stimmen mögen, vergessen Sie nicht, daß wir als Preußen zu dem Könige reden. (Beifall von der Fraction links.)

Sandelsminister Graf Henckell: Ich erlaube mir noch einige Worte und zwar in altpreußischer Sprache, wie ich sie gewohnt bin zu sprechen. Einer der Vordränger hat gesagt, es ist allein die Schuld der Regierung, daß dieser Conflict eingetreten sei. Dem müßte ich entschieden widerprechen. Wir sind in den Conflict hineingerathen, weil Sie mit der Streichung der beinahe 6 Millionen einen unmöglichen Beschluß gefaßt haben. Ich sage nichts weiter, als dies, ich erörtere nicht, warum Sie diesen Beschluß gefaßt haben. Thatsache ist aber, daß, wenn die Votren, welche den Beschluß nicht hätten ausführen können, denn verzehnte Nationen lassen sich nicht wieder herbeischaffen und die Armees kann man nicht zur Hälfte entlassen. Diesen Beschluß haben Sie gefaßt und das Budget an das Herrenhaus entsendet. Was sollte das Herrenhaus thun? — Es hätte auch den unmöglichen Beschluß fassen oder das Budget verworfen müssen. Nun habe ich gelernt, daß man nach seiner Ueberzeugung sprechen und stimmen müsse. Der Beschluß des Herrenhauses war die natürliche Antwort und wenn ich diese Ueberzeugung hatte, so müßte ich auch danach stimmen. Ich begreife nicht, wie mir daraus ein Vorwurf gemacht werden konnte. Ich glaube also

nur mein Recht und meine Pflicht gethan zu haben, und werde es in jedem andern Falle ebenso machen.

Die Vertagung der Sitzung wird beantragt und angenommen. Es folgen hierauf einige persönliche Bemerkungen. Abg. Birchow: Er habe gerade von einer ganz neuen preussischen Sprache gesprochen; der Herr Handelsminister irre also, wenn er ihm einen Vorwurf gegen altpreußische Sprache zürme. Abg. Schulze (Berlin): Ich verwehre mich gegen die eigenthümliche Färbung des Genoramentes gegen den Ton der Adresse. Von „vertriebenen Fürsten“ kommt in der Adresse nichts vor. In der Debatte müßte aber darauf hingewiesen werden, um durch Thatsachen der Ermahnung entgegen zu treten, als sei es die feudale Partei, welche das Königthum stütze. Abg. v. Winkler: Er habe allerdings in diesem Punkte nur auf die Debatte selbst Beziehung nehmen können. — Der Präsident kündigt die Fortsetzung der Debatte auf morgen 10 Uhr an. Schluß 4 1/2 Uhr.

Sämmtliche englische Zeitungen sind einzig in ihrer Billigung der Birchow'schen Adresse, sogar die conservativste, der „Gerald“ rühmt sie als nach Form und Inhalt vortrefflich. „Das ist doch selbst für England etwas stark“, meint die „Kreuzzeitung“, die noch immer nicht zu wissen scheint, daß sie in keinem constitutionellen Staate je einen Gefinnungsgenossen finden wird.

Neuz, d. 23. Januar. Unser Abgeordneter Sartorius ist wirklich als Er-Bürgermeister nach Berlin geeifert. Merkwürdig ist dabei der Umstand, daß sowohl er, wie seine Schiffsallogenossen, nicht wegen ihres bei den Wahlen beobachteten Verhaltens, sondern wegen Dienstvergehen entsetzt worden sind. Als der Abgeordnete Lauffs deshalb den vorstehenden Landrath im Gemeinderath interpellirte und diese Dienstvergehen mitgetheilt haben wollte, antwortete man ihm, daß bei Sartorius mehrere Aktenbündel ungehört geblieben und daß die Arbeiten weniger von der Hand des Bürgermeisters als von der seines Secretärs geschrieben gewesen seien. Noch bezeichnender sind die vier großen Dienstvergehen, welche dem abgesetzten Bürgermeister Wermelskirchen zur Last gelegt werden: 1) hat der untersuchende Regierungsrath mehrere Aktenbündel nicht in der Registratur, sondern auf Stühlen liegend gefunden, wo sie gehortet werden sollten; 2) hatte er gefunden, daß Privatbriefe von den Akten gehortet gewesen (der Bürgermeister hatte nämlich einen Kasten, Referendar, um ein Rechts-Gutachten ersucht und dieser dasselbe in Briefform mitgetheilt und den Brief mit „Lieber Dheim“ begonnen); 3) waren sechs Stühle, die zum Bureau gehören, in einer Nebenstube gefunden worden, d. h. in einer Stube neben dem Bureau, wo die Sitzung des Gemeinderathes stattgefunden hatte; 4) fand der Untersuchungsrath ein schabhaftes, feuergefährliches Denkröhr in der Bureau-Stube, und zwar im September, wo nicht gehört wird. (So berichten mehrere Blätter, ohne daß eine Berichtigung erfolgt wäre.)

Aus der Provinz Sachsen.

Magdeburg, d. 26. Januar. Nachdem vor acht Tagen vor dem Polizeigerichte gegen den Rediger Uhlisch und den Redacteur Hoppe die öffentlichen Verhandlungen wegen unbefugten Sammelns resp. Mittheilungen darüber stattgefunden hatten, wurde heute an denselben Städte das Erkenntnis publicirt, welches für beide Angeklagten freisprechend lautete. In den Gründen für Hrn. Uhlisch führte der Polizeirichter aus, daß das von demselben herausgegebene „Sonntagsblatt“ notorisch im Auslande redigirt, gedruckt und verlegt werde, der §. 4 des Strafgesetzes aber vorschreibe: „Uebertretungen, die im Auslande begangen werden, sollen in Preußen nur dann bestraft werden, wenn dies durch besondere Befehle oder Staatsverträge angeordnet ist.“ Da besondere Befehle oder Staatsverträge hier nicht Platz greifen, so sei der Angeklagte aus diesem Grunde frei zu sprechen. Die Bitte um Beiträge für die frei religiöse Stiftung sei aber außerdem im „Sonntagsblatt“ vom 2. December erschienen, und da sie auf die Regierungsverordnung vom 30. Juni 1857 nicht passe, so könne sie nach der Zusatzverordnung vom 6. December 1862 nicht angewendet werden, denn diese sei erst am 13. December im „Amtsblatte“ publicirt und habe keine rückwirkende Kraft. In den Gründen zur Freisprechung des Redacteurs Hoppe ließ sich der Polizeirichter auf eine Ausführung der rechtlichen Begründung der Verordnung vom 6. December nicht ein, sondern leitete für alle acht zur Anklage gestellten Fälle die Freisprechung daraus her, daß weder die ursprüngliche Verordnung, noch der Zusatz vom 6. December Anwendung darauf fänden. Wir werden das Erkenntnis mittheilen, sobald wir es in Händen haben. — Gegen die beiden Freisprechungen des Redacteurs Hoppe am 6. Januar hat die Staatsanwaltschaft Recurs ergriffen. (M. 3.)

Für die in Magdeburg bevorstehende Abgeordnetenwahl ist Prof. Mommsen in Aussicht genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Halberstadt hat den denkwürdigen Beschluß gefaßt, im Stadthaushaltsetat pro 1863 den Posten: „Diäten für den Vertreter der Stadt Halberstadt im Herrenhause, Oberbürgermeister v. Brünken“, abzusetzen. Derselbe hatte bekanntlich in den letzten Sitzungen des Herrenhauses gegen die Beschlüsse der zweiten Kammer gestimmt. Die Versammlung motivirte ihren Beschluß dadurch, daß sie einen gesetzgebenden Körper nicht verpfänden wollten, der nicht nur nicht das Heil des Landes in's Auge gefaßt, sondern vielmehr Conflict zwischen Krone und Volk herbei geführt, welche das Glück und die Wohlfahrt des Staates untergraben müßten.

Der Polizei-Director z. D. v. Boffe, früher in Halle, ist an Stelle des mit Pension in den Ruhestand getretenen Hauptmanns a. D. v. Grabowsky zum Director des Strafgefängnisses in Lichtenburg ernannt worden.

Die Magdeburger-Leipziger Eisenbahngesellschaft hat in diesen Tagen von dem königlichen Handelsministerium die Erlaubnis zu den Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Magdeburg nach Weitzen und eine zweite von Staßfurt nach Werschleben erhalten. Dabei ist, wie immer in ähnlichen Fällen, die Entschließung über die Ertheilung der Concessionen zum Baue vorbehalten.

An die Freiwilligen von Halle und Umgegend aus den Jahren 1813, 1814 und 1815.

Am 3. Februar d. J. sind es 50 Jahre als unser hochberzigter König Friedrich Wilhelm der Gerechte seine damaligen Jünglinge zu den Waffen rief, um mit Gott für König und Vaterland zu streiten. Viele von denen, die diesem Rufe gefolgt, sind seitdem schlafen gegangen, Ihr aber Kameraden, denen Gott es vergönnt hat, diesen goldenen Jubeltag noch zu erleben, sammelt Euch — vielleicht zum letzten Male — um Euren Festpokal!

Verammlungsort auf dem „Jägerberge“ hieselbst Mittags 11 Uhr. Um 12 Uhr Appell zur Berichtigung der Stammrolle. Um 1 Uhr wird gegessen.

Die Parol-Befehle, welche als Legitimation zum Eintritt dienen, sind gegen Erlegung von 1 1/2 Thlr. pro Couvert und anderweitige Unkosten beim Kameraden: **Deconomie-Commissions-Rath Wagener**, kleine Ulrichsstraße Nr. 26, bis spätestens den 1. Februar d. J. in Empfang zu nehmen.

Halle, den 28. Januar 1863.

Der Vorstand:

Blanc. Buzer. Ebers. Eifelen. Grundmann. Jeremias. Landmann. Stephany. Wagener.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 28. bis 29. Januar.
Kronprinz. Hr. Graf Schouvaloff m. Diener a. Maga. Hr. Dr. med. Binger a. Berlin. Die Hrnn. Kauf. Daut a. Frankfurt, Birschberg a. Nahe, Buchseidner a. Grefeld, Berger a. Dresden, Mann a. Leipzig.
Stadt Zürich. Die Hrnn. Kauf. Delmer u. Ranze a. Meerana, Stürmer a. Berlin, Dorn a. Langenau. Hr. Art. Dr. Straß a. Hamburg. Hr. Fabrik. Küfner a. Breslau. Hr. Landwirth Zimmermann a. Götting.
Goldner Ring. Hr. Dr. Schulz a. Pilsen. Die Hrnn. Kauf. Jungbaus a. Dresden, Stuer, Schmarje u. Glitz a. Berlin, Fiedler a. Schweinfurt.
Goldner Löwe. Hr. Baumstr. Schulz a. Berlin. Hr. Antiquar Wüglend a. Frankfurt. Hr. Rent. Niemeyer a. Köslin. Die Hrnn. Kauf. Rosenfeld a. Magdeburg, Nam a. Leipsig, Buschbeck a. Amsterdam.
Stadt Hamburg. Hr. Gutshel. Emcke a. Alleeben. Hr. Buchhldr. Tempelberg a. Berlin. Die Hrnn. Kauf. Heyne a. Gera, Suffer a. Zettin, Erdmann u. Saur a. Berlin, Mühlen a. Hamburg, Bach a. Kassel, Janten a. Dortmund, Bürger a. Neuß, Lehmann a. Nordhausen.
Seate's Hôtel. Die Hrnn. Kauf. Groß a. Würzburg, Kiemann a. Bernburg, Kaufmann a. Langenreinsdorf, Rosenstein a. Berlin. Hr. Dir. Bruno a. Coblenz. Hr. Rent. Helm a. Dresden.

Meteorologische Beobachtungen.

	Morgens 8 Uhr.	Nachmitt. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Luftdruck	337,76 Par. L.	338,41 Par. L.	338,51 Par. L.	338,23 Par. L.
Dampfdruck	1,98 Par. L.	2,12 Par. L.	1,96 Par. L.	2,02 Par. L.
Rel. Feuchtigkelt	88 pCt.	67 pCt.	79 pCt.	78 pCt.
Luftwärme	2,8 G. Rm.	5,2 G. Rm.	2,5 G. Rm.	3,5 G. Rm.

Bekanntmachungen.

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 68 die Firma:

P. Muchau zu Nebra

und als deren Inhaber die verehelichte Kaufmann **Muchau, Hermine Pauline geb. Victor** dafelbst, zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen worden.

Duerfurt, den 23. Januar 1863.

Königl. Kreis-Gericht, 1. Abtheilung.

Im Auftrage des Königlichen Kreis-Gerichts zu Halle sollen die Nachlassgegenstände des Militär-Pensionair **Schmeil**, bestehend in Wirtschaftssachen, Möbel und Hausgeräthen, Kleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen in dem auf den 4. Februar c. Mittags 1 Uhr im Pöhlerschen Gasthause hieselbst angelegten Auctionstermine öffentlich meistbietend versteigert werden, was Kauflustigen hierdurch bekannt gemacht wird.

Giebichenstein, d. 27. Januar 1863.

Das Dorfgericht.

Bekanntmachung.

Sonnabend

den 7. Februar cur. Vorm. 11 Uhr soll in der Bahnhofsrestauration Stumödr ein noch sehr guter zweispänniger Kutschwagen gerichtlich versteigert werden.

Jörbig, den 19. Januar 1863.

J. A.

Wohlfarth.

Ap 2000. habe ich als erste Hypothek auf ein Grundstück zu vergeben.

Halle, a/S., den 28. Januar 1863.

Hud. Hummel,

gr. Märkerstr. 6, 1 Treppe, im Comptoir.

Im Auftrage hat zu verkaufen:

Ein bis jetzt sehr flott betriebenes Material-Geschäft (jährlicher Umsatz 7000 Ap, kann durch Buchführung nachgewiesen werden), wo sich mit Leichtigkeit und großem Vortheil noch ein Schnittwaaren-Geschäft etabliren läßt. Forderung 4500 Ap, Anzahlung 2000 Ap.

Ein Backhaus in einem großen Orte, wo das Geschäft sehr schwunghaft betrieben wird, mit 5 Mrg. Acker, 2 Mrg. Garten.

Ein Gasthof in einem sehr lebhaften Orte auf dem Lande, mit großem schönen Tanzsalon, Garten, Kegelbahn u. s. w. Forderung 5000 Ap.

Ein Gut mit 164 Mrg. Land, 15 St. Rindvieh, 4 Pferde, Schiff und Geschir, die Gebäude sehr gut, durchgehends Raps- und Weizenboden in schönster Gegend.

Hertzdadt, den 27. Januar 1863.

Fried. Grosse, Agent.

Eine schöne Gastwirthschaft, die einzige in einem großen Dorfe, an frequ. Chaussee gelegen, mit Tanzsaal, überf. Kegelbahn, großem Garten, 7 Mrg. Acker 1 Klasse, soll sehr billig mit 6-800 Ap Anz. verkauft oder auch verpachtet werden bei sofortiger Uebernahme durch **C. Reinboth** in Eilenburg.



Thüringische Eisenbahn.

Einnahme im Jahre 1862.

	Im Personen-Verkehr	Im Güter-Verkehr	in Summa
im Monat November 1862	43,800 Ap.	109,400 Ap.	153,200 Ap.
1861	43,660 =	111,360 =	155,020 =
Daher mehr weniger	140 Ap.	1960 Ap.	1820 Ap.
Bis Monat December 1862	839,600 Ap.	1,556,100 Ap.	2,395,700 Ap.
1861	809,445 =	1,389,146 =	2,198,591 =
Daher mehr	30,155 Ap.	166,954 Ap.	197,101 Ap.

vorbehaltlich späterer Festsetzung.

Erfurt, den 27. Januar 1863.

Die Direction der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Von einer unserer Agenturen sind uns zur Beleihung ländlicher Grundstücke der Provinz Sachsen 3000, 6000, 7000, 10,000 u. 20,000 Ap ange stellt. Da uns zur Zeit dem entsprechende Capital-Gesuche nicht vorliegen, so benachrichtigen wir Capital-suchende Grundbesitzer hiervon unter dem Anheimgen, sich an uns zu wenden.

Die General-Agentur der **Preuß. Hypotheken-Vericherungs-Gesellschaft.**

Otto Bettega, Leipzigerplatz 1.

Magdeburg, im Januar 1863.

P. P.

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich Herrn **Adolph Clausius** von hier als Associé in mein Wein ea-gros-Geschäft aufgenommen habe und solches mit demselben gemeinschaftlich unter der Firma:

Günther & Clausius

Friedr. Aug. Günther.

fortführen werde.

Windmühlen-Verkauf. Veränderungshalber bin ich gesonnen, meine zu Dschlich, Kreis Duerfurt, 1/2 Stunde von Mühlen belegene, vor 2 Jahren neu erbaute Holländer Windmühle, mit 2 Mahlgängen, Cylinder- und Spiggang, sowie 2 Morgen Land, mit 1000 oder 1200 Ap Anzahlung zu verkaufen. Die übrige Kaufsumme kann darauf stehen bleiben. Die Mühle hat eine sehr gute Mahlstelle. Käufer können zu jeder Zeit mit mir oder meinem Bruder **Gottlob Schuncke** in Schmirma in Unterhandlung treten.

Gottfried Schuncke.

Für eine Colonialwaarenhandlung mit Nebenbranchen wird ein Sohn, rechtlicher Eltern unter annehmbaren Bedingungen als Lehrling gesucht.

Dfferten unter Chiffre E. P. # 1. poste restante Zeitz.

Ein Commis, fottter Detailist, wird zum baldigen Antritt gesucht. Adressen werden unter A. Z. poste rest. Halle franco erbeten.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Deconomie-Verwalter wird gesucht. Das Nähere auf franco-Anfragen H. R. # 3. poste restante Halle a/S.

Eine gute Pension für Mädchen in der Nähe des Waisenhauses. Auskunft ertheilt Herr Gastwirth

Gruneberg, Geißstraße.

Ein Lehrling kann bei mir in die Lehre treten. **Wilh. Berger**, Drechslermeister, Leipzigerstr. 91.

Eine perfecte Landwirthschafterin sucht Stellung. Nachweis wird Herr **C. Nibel**, kl. Ulrichsstraße 22 ertheilen.

Eine perfecte Köchin sucht Stellung. Nachweis erth. **C. Nibel & Co.**, kl. Ulrichsstr. 22.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, welcher Lust hat Sattler zu werden, kann in die Lehre treten beim Sattlermeister **Albert Herrmann**, Leipzigerstraße Nr. 65.

Einen Lehrling sucht **Stiz, Maler.**

Gesuch.

Ein in der Paraffin- u. Mineralöl-Fabrikation erfahrener Schmeiter, welcher bereits mehrere Fabriken und Dheerschmelereien angelegt, sucht in einer solchen Fabrik als Dirigent Anstellung.

Huch werden von demselben gegen billiges Honorar Dheerschmelereien und allerhand Feuer-Anlagen angelegt. Daraus Respektirende wollen ihre Adresse unter Chiffre C. X. Nr. 108 bei **Ed. Stückrath** in der Exped. d. Zig. niederlegen.

Ein Lehrling kann in meinem Geschäft eintreten. **W. Bunge, Maler.** Breitestraße Nr. 4.

Ein Lehrling wird zu Dffern gesucht in der Buchbinderlei von **C. Niole**, gr. Klausstraße.

1 herrschaftl. Diener erhält sofort Stellung durch **C. Nibel & Co.**, Halle, kl. Ulrichsstr. 22.

Große Steinstraße 73 (der großen Ulrichsstraße gegenüber).
 Heute verlegte ich mein **Schnitt- und Mode-Waaren-, wie Damen-Mäntel- und Mantillen-Lager** aus der Leipziger-
 straße nach meinem Hause
Große Steinstraße 73 (der großen Ulrichsstraße gegenüber).
E. Cohn.

Geachte Zollgewichte billigt bei **J. G. Mann & Söhne.**

Gastkochapparate eigener Construction, welche gegen die bisher bekannten wesentliche Vorzüge haben, **Gaskronen, Ampeln, Gänge- und Wandarme, Stelllampen, Brenner** etc. empfiehlt solid und zu billigen Preisen

P. Rouvel, Brüderstraße 14.

Zur Einrichtung von **Gasanlagen** für Fabriken nach bewährtem System empfiehlt sich

P. Rouvel, Halle, Brüderstr. 14.

Von **engl. Respiratoren** (Lungenschützer), die sich der wärmsten Empfehlung von Seiten der Herren Aerzte zu erfreuen haben und die bei rauher und kalter Witterung allen Lungen- und Brustleidenden so außerordentliche Dienste leisten, hält sein vollständiges Lager in den neuesten und zweckdienlichsten Constructionen zu den realsten Preisen zur Beachtung empfohlen

Carl Haring, Brüderstr. 16.

26! Schmeerstraße 26!

früher **Conditor Pallas.**

Ein geehrtes Publikum von Halle und Umgegend mache ich nochmals aufmerksam auf das **neue billige Schnittgeschäft** und bitte genau auf die Annonce zu achten.
Nur 26 Schmeerstraße 26 im Laden.

Im Verlage von **L. v. Warnsdorff** in Berlin ist erschienen und in der **Pfefferschen Buchhandlung in Halle** zu haben:

Der Geistesgang Schiller's.

Von **Dr. A. Kuhn.**

Mit einem neu aufgefundenen **Portrait Schillers** aus seinem letzten Lebensjahre.
 gr. 8. 26 Bogen. Preis 2 Thlr.

Trotz der großen Masse der Schillerliteratur bietet das vorstehende Werk vieles Neue und Interessante. Aus dem reichen Inhalte desselben sei auf Folgendes aufmerksam gemacht: **Einleitung in das 18te Jahrhundert; Pädagogik; Sturm- und Drangperiode; Schiller's Frauen-Charaktere; Einfluß der Frauen auf Schiller; Neue Laura Schiller's; Gezwungene Erklärungsversuche; Schiller als Prophet; Schiller's Liebesverhältnisse zu den Schwestern von Lengefeld; Familienelemente in Schiller's Dramen; die Antike; Schiller's Verhältnisse zum Christenthume; die Principien der Historiographie; Schiller's Kosmopolitismus; Schiller's Einfluß auf die Kunsttheorie; die Penien; der Nationaldichter Schiller; die romantische Schule** etc.

Anzeige.

Den Herren Landwirthen zur Nachricht, daß im März d. J. meine englischen Vollblutläuten (**Schottland-Race**) abermals ferteln und ich daher Bestellungen auf Ferkel sowohl „zur Zucht“ als auch auf „geschnittene“ wieder entgegennehme.

Bitte die gn. Bestellungen zeitig geschehen zu lassen, indem zu spät eingehende leider nicht immer berücksichtigt werden können.

W. von Seebach in Dppershausen bei Mühlhausen.



Pferde-Verkauf (fehlerfrei).

Ein Pferd, in den besten Jahren, schwarzbraun, Geschlecht Stute; auf Verlangen sind aber auch bei Unterzeichnetem ein Paar ausgezeichnet schwerer Schlages, 3- und 2-jährige hellbraune Wallachen Fohlen, ohne Abzeichen, zusammen oder auch im Einzelnen zu verkaufen.

Steigra bei Querfurt.

Ernst Münzenberg jun.

Eine wenig gebrauchte leichte Droschke ist billig zu verkaufen gr. Brauhausgasse 15.

Zwei Sopha billig zu verk. Kl. Steinstr. 4.

Geneigter Beachtung empfohlen!

Vielseitige und ausgebreitete Verbindungen mit dem **In- und Auslande**, selbst nach den **entferntesten Ländern** hin, setzen mich in den Stand, alle Aufträge auf **antiquarisch** angezeigte und empfohlene **Bücher aller Sprachen, Musikalien, Kunstwerke** u. s. w. zu den angelegentlichsten **gleichen Preisen schnell und pünktlich ohne Porto** und **Fracht-Entschädigung** und sonstige **Kosten franco** hier zu besorgen.

Ebenso übernehme ich Aufträge vom kleinsten bis größten bei **Bücher-Auctionen**, welche in Berlin, Leipzig, Halle und anderen Städten abgehalten werden, unter **billigen** und **soliden** Bedingungen; Verzeichnisse dazu sind stets vorrätig und stehen gern auf Wunsch zu Dienst.

G. Prange's Buchhandlung,
 Weisenfels, Markt Nr. 212.

Langes Roggenstroh und Decken, im Ganzen und Einzelnen, billigt bei

F. Bergfeld,
 Neumarkt, i. d. Weintraube.

Vort.-Kasse verk. Schriepp, Berlin Klosterstr. 108.

Gebauer-Schwetcksche Buchdruckerei in Halle.

Hierdurch zeige ich dem handeltreibenden Publikum hier und in der Umgegend ergebenst an, daß ich unter heutigem Tage die Concession als Schiffs-Procureur erhielt, und empfehle ich als solcher meine Dienste unter Versicherung der promptesten und reellsten Bedienung.

Halle, den 29. Jan. 1863.

W. Röder, große Schloßgasse 7.

Auf einem Rittergute in der Nähe von Merseburg wird eine Köchin zum 1. April d. J. gesucht. Näheres bei Frau **Fleckinger, Kl. Schlamm 3.**

Obgleich die Ankündigungen neuer und alter Universal-, Heil- und Verschönerungs-Mittel nachgerade verdrängt worden sind, so können wir doch nicht umhin, auf Dr. **Albert's aromatische Schwefel-Seife** aus der Fabrik von **Eduard Nickel, Hoflieferant in Berlin (Depôt in Halle bei Wittve D. Hesse, Schmeerstr. 36)** hinzuweisen, welche in ihren Bestandtheilen nicht nur völlig unschädlich ist, deren Gebrauch vielmehr die günstigsten Resultate bei den verschiedenartigsten Hautkrankheiten herbeigeführt hat, wodurch ihr die Beachtung der Herren Aerzte wie des Publikums in hohem Grade zu Theil geworden, und ihre Anwendung insbesondere bei skrophulösen Kindern sich als von großem Werthe bewiesen hat.

Der soeben erschienene Catalog über **Gemüse- und Blumenzaamen** etc. etc. der Herren **Gebr. Born** in Erfurt kann bei mir gratis in Empfang genommen werden.
 Halle a/S. **Ernst Voigt.**

Guano-Verkauf.

Um mit dem noch vorrätigen **Guano** zu räumen, verkaufen wir von jetzt an den Centner zu 1 **Th.** bei Entnahme von 50 und mehr **Centn.** mit 10% Rabatt.

Guano-Fabrik zu Halle, Harz Nr. 35.

Daubitzscher Kräuterliqueur, erfunden und nur allein bereitet von

R. F. Daubitz, Apotheker in Berlin, ist zu haben für **Halle a/S.** und Umgegend im General-Depôt von

C. Müller,

Markt Nr. 2 und Schüllershof Nr. 7.

Photographie-Rahmen von 2 1/2 bis 7 1/2 **Th.** empfiehlt

C. F. Ritter, gr. Ulrichstr. 42.

Eine große neumitchende Kuh mit d. Kalbe steht zu verkaufen in Seebach Nr. 4.

Die Beleidigung, welche ich dem Handarbeiter **Karl Cander** in Gortzen; zugefügt habe, nehme ich wieder zurück und erkläre denselben für einen rechtlichen Mann.

Friederike Mehlgarten in Kockwig.

Die Hälfte der ersten Etage meines Hauses, Leipzigerstraße 103 („gold. Löwe“), ist sofort zu vermieten und am 1. April zu beziehen.

C. Mäler.

Zu vermieten und zum 1. April o. zu beziehen ist eine kleine, sehr freundliche Wohnung von Stube, 2 Kammern, Küche mit Speisekammer etc. Nur auf anständige, ruhige Miether wird reflectirt. Näheres vor dem Rannischen Thor Nr. 13, parterre.

Eine sehr anständige Wohnung (parterre) von 2-3 Stub., 2 Kamm., 1 Küche nebst Zubehör, ist noch zu vermieten. Näheres in der Eremitage bei **Brügert, Kantor emerit.**

Handwerker-Verein.

Sonnabend den 31. Januar, Abends 8 Uhr, Kl. Sandberg 15:

Vortrag: **Die Weihe der Arbeit.**

1971
12

Extrablatt zu Nr. 25 der Hallischen Zeitung (Schwetschke).

Halle, Freitag den 30. Januar 1863.

Telegraphische Depesche der Hallischen Zeitung.

Aufgegeben in Berlin den 29. Januar 5 Uhr 23 Minuten Nachmittags.
Angekommen in Halle den 29. Januar 5 Uhr 35 Minuten Nachmittags.

Berlin, Donnerstag, den 29. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adressdebatte beendet. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung treibe keine Politik auswärtiger Verwicklung zur Erledigung innerer Streitigkeiten. Die Majoritätsadresse wurde mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Minorität bestand aus Feudalen, der Fraction Vincke, und fast allen Katholiken.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle

Zeitschrift für die Kunde des Mittelalters (Zs.)

Verlag von G. Neumann, Neudamm 1874

Verlag von G. Neumann, Neudamm 1874

Berlin, Donnerstag, den 20. Januar. In der heutigen Sitzung des ...
Vorstandes wurde die Jahresrechnung ...
klare die Regierung ...
ledigung unserer ...
Stimmen angenommen. Die ...
Stunde und fast allen ...

Abdruck der ...



Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Zhr. 4 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Zhr. 10 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 4 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N 25.

Halle, Freitag den 30. Januar
Hierzu zwei Beilagen.

1863.

Deutschland.

Berlin, d. 28. Januar. Se. Majestät der König haben geruht: Den bisherigen Gesandten in Brüssel, Wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn Grafen von Redern, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in St. Petersburg zu ernennen.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Adressdebatte fortgesetzt. Zuerst nahm der Abgeordnete Twisten für den Entwurf das Wort. Während seiner Rede traten die Minister v. Bismarck, v. Bobelschwingh, v. Mühlner, Graf zur Lippe, Graf Eulenburg und v. Selchow ein.

Ab. Twisten: Jeder letzte Zweifel in Betreff des Erlässes einer Adresse werde durch die getrige Rede des Ministerpräsidenten gehoben. Diese Konstatirte in officieller Weise, daß es sich um einen Konflikt zwischen der Krone und dem Lande handle. Da gebiete der Ernst der Lage eine offene Erklärung in einer Adresse. Der Redner zeichnet dann die Situation. Die Regierung selbst habe die Möglichkeit eines Kompromisses in Abrede; sie verlange eine Unterwerfung sans phrase. Er habe den Beschluß des Hauses über den Mitteln-Gesetz in der vorigen Session besagt. Demnach müsse er die Darstellung, als sei das Haus der angetretene Theil gewesen, als eine Verhöhnung bezeichnen. Die Reorganisation war nicht bestehendes Recht; das Haus hat also nicht in bestehendes Recht eingegriffen. Vielmehr hat die Regierung mit jedem Schritte weiter in die klaren Rechte des Hauses eingegriffen. Redner weist dies aus der Entwicklung der Verfassungsfrage nach. Die Parallele, die der Ministerpräsident zwischen dem budgetlosen Zustande und der früheren Praxis verspäteter Budgetfeststellung aufstellt, hält nicht, weil es sich nicht um die weitere Leistung gelte, früher bewilligter Ausgaben handelt. Diese Interpretation der Verfassung ist eine Aufhebung der Verfassung. Zur Zustimmung gehören alle drei Faktoren, zur Verfassung genügt einer. Das Korrektiv unnotigter Verfassung ist die Auflösung, und bei unnotigter Verfassung würde dieses Haus das Land nicht hinter sich haben. Der Konstitutionalismus giebt die Formen des Vorgehens, so lange nicht die Gewalt gilt. Dieses Haus wird nicht weichen, so lange die Verfassung steht, und das Land wird nicht weichen, wenn die Verfassung fällt. Die sogenannte konservative Partei, welche ihre Berechtigung nur in ihren Präntationen sucht, denkt nicht mehr an Begründung souveräner Zustände, sondern nur an das für den Augenblick für ihre Präntationen Nützliche. Die Budgetlosigkeit fällt übrigens der Staatsregierung zur Last, und diese ist auch für den Beschluß des Herrenhauses verantwortlich, welches trotz seiner Fortschritte auf einen so extremen Beschluß nicht eingegangen wäre, wenn die Regierung früher nicht angemessen waren; aber nach dem, was im Herrenhaus über uns gesagt ist, sind wir demselben keine Courttoffe mehr schuldig (Bravo). Durch die Verlängerung des Konfliktes mit einer Nützlichkeitfrage willen wird der Staat geschwächt, das Rechtsgefühl untergraben, und ein Pessimismus erzeugt, der auch einer liberalen Regierung unfähig ihre Stellung erschweren wird. Trete an die Stelle der chronischen die akute Verfassungsverletzung, die akute Durchdringung eines Wahlsystems, so müßte es ein eigentümliches Wahlsystem sein, welches der Regierung die Majorität schaffen könnte. Eine Anerkennung des Verfassungsgebrauchs würde aber in Preußen ebenso wenig herbeigeführt werden, wie in Kurpfälzen. Unter solchen Umständen muß das Haus ohne Umschweife sprechen. Wir sind darüber einig, daß das Staatsruder sich nicht in guten, daß es sich in gefährlichen Händen befindet. Die Minorität möge sich daher nicht auf Einzelheiten feilen, sondern hierin der Majorität sich unterordnen. Redner rechtfertigt hierauf die Form der Adresse. Mit dieser Regierung ist ein Zusammenwirken nicht mehr möglich, auch wenn der Konflikt durch beiderseitiges Nachgeben gelöst werde, da jeder Boden des gegenseitigen Vertrauens fehlt. Will die Regierung einen Grund für das Abbrechen der Verhandlung mit diesem Hause, so mag sie ihn in der Adresse finden; das Land wird unbehört durch Vorwände auf der Seite derjenigen stehen, welche die Verfassung vertheidigen. Was die auswärtige Politik anbelangt, so ist die Ablehnung des Delegirtenprojekts kein Verbrechen; in der Negation sind alle deutschen Regierungen stark. Politisches erreichen kann die jetzige Regierung nicht; sie hat in Deutschland keine Partei. An die Stelle der moralischen Groberzeugungen sind moralische Niederlagen getreten. In allen deutschen Ländern scheidet die Gefolgegebung vor. Der Anreiz auf die Verfassung in Preußen steht vereinfacht da. Sie wir uns der Wiederherstellung des Absolutismus fügen, eher wird man die heillosen Bande zerreißen sehen; das Gefühl ist allgemein, daß ein solcher Versuch der Desquation des Absolutismus die Grundlagen des Staates zerstören würde. (Bravo!).

Abg. Dr. Zehert (gegen den Entwurf) findet den Entwurf in Inhalt unrichtig, in der Form unangemessen, in seinem Zweck letzten Beschlüsse in der Mittelnfrage herbeigeführt. Die Reorganisation des Heres sei in vieler Beziehung anerkanntswürdig; das Volk wünsche nur eine geistliche Grundlage für dieselbe. Die Ausgabebücherei hätten allerdings verstimmt, weil das Volk eine Ausgabevermehrung ohne Ende fürchtete. Daher die Wahlen von 1862. Wenn die Staatsregierung beweise, daß sie ein Herz für das finanzbedürftige Volk hat, so wird ein Umsturz eintreten. Auch das verfassungsmäßige Recht des Abgeordnetenhaus muß von der Staatsregierung anerkannt werden, aber das Abgeordnetenhaus muß es auch in weiser Mäßigkeit ausüben.



Der in's Feuer gehen und halte noch immer an der Fassung fest, daß es gelingen werde, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen.

Abg. Schulze-Delitzsch (für den Entwurf): Nur zwei Redner haben sich gegen eine Adresse ausgesprochen, weil sie keinen Erfolg haben werde, und weil die Lage des Landes so sei, daß eine Paraphrase der Thronrede unmöglich werde. Für mich ist ein Gesichtspunkt entscheidend. Wir haben, ehe wir auseinander gingen, Beschlüsse gefaßt, welche gewisse Eventualitäten ins Auge faßten. Diese Eventualitäten sind eingetreten. Jetzt schweigen, bleibe sie sanktionieren. Wenn je, so ist es jetzt an der Zeit, über die Minister hinweg, zu Sr. Majestät zu reden. Wir müssen das an der Schwelle der ersten Kämpfe, in die wir eintreten. Vor der ersten Pflicht gegen Sr. Majestät muß die bloße Courttoffe zurücktreten. Unsers Amtes ist es, Sr. Majestät die Wahrheit zu sagen, denn wir sind keine Höflinge. Die Ehrfurcht vor dem Könige bedingt die Wahrhaftigkeit. Denen, die in ihren Adressen den König täuscht, sei der Vorwurf der Verleumdung der Ehrfurcht zurückzugeben. Die Anhängen in Betreff der Verfassungsverletzung hat sich in den Debatten als eine einmütige darge stellt. Aber diese Einmütigkeit ist nicht in die Adressentwürfe übergegangen. In dem Verfassungsvergessen Entwurf wird unfernen, abnehmenden Verhältnissen ein bestimmter Charakter nicht begehrt, als ob auch zu einer Abweigerung der minder Bemühten Recht. Wenn eingewendet ist, daß die Minister ohne Budget fortzutreten müßten, um den Fortbestand des Staates zu ermöglichen, so soll man uns bewahren, daß die Existenz des Staates ohne die 6 Millionen, welche bis 1860 nicht ausgegeben wurden, unmöglich war. Was der Ministerpräsident von dem „Erlaß“ der Steuerzuschüsse gesagt, hat gewiß niemand verstanden, da man von dem Erlaß einer nur auf Zeit bewilligten Steuer nicht reden kann. Man hat den Ausfall durch erhöhte Einkünfte zu decken gesucht. Die inneren Zustände sind in der Adresse nicht zu übersehen, weil sie eine Konsequenz der Verfassungsverletzung sind. Man spricht von fehlenden Beweisen. Sie liegen für viele Fälle vor, sie wären für andere durch eine Untersuchungskommission leicht zu beschaffen; aber das ist nicht der Apparat für eine Adresse, die Beweise gehören in die Untersuchung, nicht in die Anklage. Die Lokalitätsdeputationen legen uns die Pflicht zu reden auf. Uns berühren die Schmähdungen wenig, sie sind vor dem Volk ein Zeugnis für uns; aber Sr. Majestät gegenüber müssen wir eintreten, wo man versucht, den König über die Stimmung des Volks

Freunde mottoren reichelt. Die Erfüllung der Erfüllung e Stellung. Anmen Boden, lebt er der Verfassung Vortheilen bleibt en, den Eid auf Bescheidend festgelassene ist besser, ist an uns lange keinen Beifall gewährt; die Waffe über das Recht mit der Gewalt, bildet zweifelhaft, das die Verleumdung, da Konsumtion, trotz den achten Abs-nale-Deutsche läßt rige, aber Polen, eine Angelegenheit, uns aber nicht s nicht für unfer wegung leidet an s zerstreuen. Es men, bis uns zu

Majorität sei aus in die Charakter möglichen Erfolg tragen. Sie ener geht hierauf inwendungen zu daß die Beamten nicht anerkennen, aber nicht ernä anderer Seite un den, auch möge nicht der Verleum halten, entweder eine Adresse nicht